

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.,
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monatlich
 1.50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 3.— RM., für das übrige Ausland
 4.50 RM. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
 Postbestellungen nehmen an Dänemark,
 Holland, Japans, Schweden
 und die Schweiz, eingetragen in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
Verleger: Kallie.
Telegraphisch: Kallie.
Verlag: „Sozialdemokratischer Verlag“.

Einzelheftpreis:
 Die Sonderausgabe „Kriegsgeheimnisse“
 20 Bll. „Kleine Anzeigen“, das
 festschriebene Blatt 20 Bll. (jeweils
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere
 Blatt 15 Bll. Stellenanzeige und
 Schlußstellenanzeigen das erste Blatt
 20 Bll., jedes weitere Blatt 10 Bll.
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Leserkreis: 100%,
 Familien-Anzeigen, politische und
 gewerkschaftliche Besondere Anzeigen
 20 Bll. die Stelle Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin
 100, 100, Lindenstraße 3, abgegeben
 werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Wroslaplag, Nr. 151 90—151 97.

Wittwoch, den 1. Mai 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Wroslaplag, Nr. 151 90—151 97.

Sturmzügen im Abgeordnetenhaus.

1. Mai.

Mit äußerster Spannung hat das ganze Land der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses entgegengeesehen. Erwartete man doch von ihr eine der wichtigsten Entscheidungen der innerpolitischen Geschichte Preußens: gleiches Wahlrecht oder nicht, Auflösung oder nicht.

Es ist zu dieser Entscheidung einzuwirken nicht gekommen. Wohl hat es an Überraschungen, Sensationen, Zusammenstößen von einer im Dreiklassenhaus noch nicht dagewesenen Schärfe nicht gefehlt, aber die Verhandlungen sind kaum über den Auftakt hinausgekommen. Schuld daran ist ein einzelner Mann, an dem sich einmal wieder der Satz bewahrheitet, daß politische Dummheiten das beste Mittel sind, um in Deutschland über Nacht berühmt zu werden, der Zentrumsgraf Spee.

Der Antrag, mit dem Graf Spee das Haus überraschte, die ganze Wahlrechtsvorlage bis nach Friedensschluß zu vertagen, hätte freilich eine lächerliche Episode bleiben können, wenn es nicht der Rechten eingefallen wäre, diesem Antrage, den nachher ihre eigenen Führer für eine Unmöglichkeit erklärten mußten, durch stürmischen Beifall und Niederdrücken des Ministers, der sich pflichtgemäß auf das schärfste dagegen wandte, ein ganz anderes Profil zu geben. Was vordem die Narrheit eines hartnäckigen Querlappes war, verwandelte die Rechte in eine Provokation der Regierung wie des Volkes. Statt eines gutgläubigen, aber politisch beschränkten Einspammers sah man nun plötzlich die ganze Schicht der verzweifelt um ihre Privilegien kämpfenden Machtthaber Preußens vor sich, die wie nach dem Armeebefehl des französischen Generals Hoch handeln: „Mannrecht auch an das Gelände und überlast dem Feind seinen Fußbreit Boden!“

Dieses unerwartete Vorgehen hat wenigstens einmal wieder das Gute gehabt, daß es blühartig die wahre Befinnung derer von der Rechten beleuchtete. Für die Männer der Front behauptete der in Offiziersuniform erschienene Graf Spee zu sprechen. Aber wir bezweifeln, daß auch nur 10 Proz. der in den Schützengräben liegenden Soldaten mit dem einverstanden sind, was der Herr Major vom Divisionsstab äußerte. Führte Graf Spee etwa aus, daß die ungeheuren Leistungen da draußen jedes dem Besitz gegebene Privilegium zu einer schweren Ungerechtigkeit gegen die Frontkämpfer mache? O nein, Graf Spee ist selber ein Gegner des gleichen Wahlrechts, er gehört dem rechten Zentrumslügel an, der Privilegien für den Selbstentwurf im Wahlrecht nicht missen will. Wenn Graf Spee aber aus Rücksicht gegen die Frontkämpfer die Wahlvorlage bis nach dem Kriege vertagen will, so wird man ihm persönlich den guten Glauben wohl zubilligen. Aber das Gefühl wird man nicht los, daß bei den anderen, die dem Vorschlag auf Vertagung der Wahlreform zustimmen, ganz andere Motive maßgebend sind als die Rücksicht auf die Frontkämpfer. Sind es doch dieselben, die von einer Wahlreform möglichst überhaupt nichts wissen wollen! Wir halten die Frontkämpfer für einsichtig genug, um zwischen ihren wahren und falschen Freunden unterscheiden zu können!

Im übrigen ist die Situation durch die gestrigen Verhandlungen nicht viel klarer geworden. Namentlich was das zu erwartende Resultat der Abstimmung über den umstrittenen § 3 der Vorlage betrifft (gleiches Wahlrecht oder Pluralwahlrecht), so ist hier noch immer alles im Ungewissen. Nachdem der Zentrumsführer Dr. Pösch erklärt hat, daß ein kleiner Teil der Zentrumsfraktion gegen das gleiche Wahlrecht stimmen werde, erscheint die Aussicht auf Nichtwiederherstellung der Regierungsvorlage gemacht, obwohl die Zahl der für das gleiche Wahlrecht gewonnenen Nationalliberalen wieder etwas größer geworden sein soll. Jergendeine sichere Berechnung gibt es auch zur Stunde nicht.

Um so mehr konzentriert sich das Interesse auf die Haltung der Regierung. Die gestrigen Reden des Grafen Hertling und seines Stellvertreters Dr. Friedberg lassen etwa folgenden Schluß ziehen: Die Regierung ist einerseits entschlossen, vom gleichen Wahlrecht nicht abzugehen, auf der anderen Seite sucht sie jeden Weg, der sie einer Auflösung des Parlaments überheben könnte. Damit gerät sie allerdings in eine schwierige Lage, da die Entschlossenheit zur Auflösung als das einzige sichere und wirksame Mittel der Regierung erscheint, um das gleiche Wahlrecht — sei es mit diesem Hause, sei es gegen dieses Haus — in die Tat umzusetzen. Für den Fall einer Annahme des provokierenden Antrages Spee hat gestern zwar die Regierung unmissverständlich die Auflösung angekündigt und mit dieser Ankündigung auch sofort den gewünschten Erfolg erzielt. Was sie aber im Falle der Ablehnung des gleichen Wahlrechts zu tun gedenkt, darüber hat sie sich einzuweisen erst sehr unklar ausgesprochen, so daß man hier über ihre letzten Absichten noch immer zweifeln kann.

Draußen und drinnen entscheidende Machtkämpfe um Oben und gleiches Wahlrecht. Da ist wenig Zeit zu Festen und Festgedanken.

Aber der erste Mai war uns stets nicht nur Fest, sondern auch Kampfgedanke. Leidend und triumphierend steht er in engstem Zusammenhang mit den großen Ereignissen dieser bewegten Tage. Er ist gleichsam in ihnen aufgegangen und untergetaucht — nicht untergegangen. Gestern war er viel, heute ist er nichts, morgen vielleicht alles!

Am nächsten Sonntag feiern wir den hundertsten Geburtstag von Karl Marx, der uns gelehrt hat, in jedem gegebenen Zustand den Keim seines Gegensatzes zu erkennen. Ihm verdanken wir die Kraft, in einer bedrückenden Gegenwart einer Zukunft zu leben, die von Grund aus anders sein wird. So finden wir jetzt auch den Gedanken der internationalen Vereinigung des Proletariats in einem dialektischen Umschlagprozeß begriffen: inmitten seiner schwersten Niederlage ahnen wir die Kraft seines Wiederaufstehens und seinen künftigen Sieg.

Es kann uns wenig befriedigen, daß fast alle Staatsmänner der Idee einer künftigen Gesellschaft des Volkes ihre Reue gemacht haben. Sie taten es nicht reinen Herzens, und ihr Preislieb auf die künftige Volksgesellschaft war nur Mittel zu anderem Zweck. Aber es war die notgedrungene Anerkennung einer vorhandenen idealen Macht, und der ewige Frieden wurde zum Losziel des bevorstehenden Krieges!

So ist diese kühne Zeit toll und voll der ungeheuersten Bilderprache. Der größte aber ist der: Nie war die ganze Welt begieriger, einen ersten Mai des Weltfriedens zu feiern als jetzt, nie zuvor hatten alle begriffen, wie kostbar das Gut war, für dessen Erhaltung wir vergebens kämpften — aber auch nie schien der Gedanke einer wahren Weltfriedensfeier fernerer Zukunft als in diesem Augenblick. Unmöglich, von Verständigung zu sprechen, da alles nach Entscheidung schreit!

Die einen nennen uns Verräter am internationalen Sozialismus, weil wir den Untergang unseres eigenen Volkes nicht wollen. Die andern schelten uns Lören und Schwärmer, weil wir in dieser „besten aller Welten“ nicht aufhören, auf eine bessere zu hoffen und für sie zu arbeiten. Wir ertragen Schimpf und Spott in dem Bewußtsein, daß die Zeit für uns arbeitet.

Gleichviel ob die Kaiserin als Form ausbleibt oder absterbt, was in ihr gewollt und gedacht war, kann nicht sterben. Noch sieht kein Auge das Ende der Erschütterungen und Umwälzungen, in deren Zuge wir uns befinden, und auch dieser Tag mit seinen Erinnerungen und Aussichten kann uns nur eine Mahnung sein, wach zu bleiben und uns selbst getreu!

Einzuweisen bemüht sich die Regierung jedenfalls, das gleiche Wahlrecht auf dem Wege der Konzessionen durchzubringen. Mit ziemlich dünnen Worten haben sich Hertling und Friedberg ziemlich zu jeder Konzession bereit erklärt, die nicht vom gleichen Wahlrecht als solchen abführt. Mehrstimmen und dergleichen sind der Regierung zwar noch wie vor unannehmbar, aber auf dem Gebiete der „Sicherungen“ will sie den von verschiedenen Seiten geäußerten Wünschen und in Vorbereitung befindlichen Anträgen nachgeben.

Da bereits der Regierungsentwurf an wahlrechtstechnischen „Sicherungen“ so ziemlich alles Denkbare enthält (Heranziehung des Wahlalters, dreifährige Staatszugehörigkeit, einjährige Ortsanfähigkeit usw.), so kann es sich im wesentlichen nur noch um die vom Zentrum und dem freikonserватiven Antrag Vredt verlangten verfassungsrechtlichen „Sicherungen“ handeln. Diese bestehen bekanntlich darin, daß die Abänderung gewisser bestehender Einrichtungen, der konfessionellen Volksschule, des Gemeindevahlrechts usw., künftig nicht mehr mit einfacher, sondern nur noch mit qualifizierter Mehrheit möglich sein soll.

Mit anderen Worten: kann man schon ein Parlament auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts nicht verhindern, so will man, bevor es noch ins Leben tritt, seine Kompetenz auf das äußerste einschränken. Wenn das neue Parlament auch anders zusammengesetzt ist, so soll es doch nichts abändern können von dem, was seine auf Dreiklassengrundlage gewählten Vorgänger in Preußen so herr-

sch eingrichtet haben. Eine andere Zusammensetzung des Parlaments geschieht ja nun eigentlich zu dem Zweck, damit es andere Gesetze macht. Aber hier will man Verfassungsbarricaden bauen, die auch das veränderte zusammengesetzte Parlament zwingen, weiter in dem ausgetretenen Kreis der bisherigen Gesetzgebung zu trotten.

Ein fein ausgedachter Plan! Die Rechtslosigkeit soll in Preußen nicht beseitigt, sondern nur verschoben werden. Bisher war in Preußen rechtlos der Wähler. Unter dem gleichen Wahlrecht hört die Rechtslosigkeit des Wählers auf, aber an ihre Stelle tritt die Rechtslosigkeit des Gewählten. Früher sagte man dem Wähler: „Du darfst zwar eine Stimme abgeben, aber auf die Wahl des Abgeordneten ist sie ohne Einfluß.“ Jetzt heißt es: „Du darfst zwar einen Abgeordneten wählen, aber dieser kann dank der von uns getroffenen famosen „Sicherungen“ an den bestehenden Zuständen nichts ändern.“

Es fragt sich allerdings, ob ein auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts gewähltes Parlament sich dauernd durch solche vor seiner Entstehung geschaffenen Barricaden wird einengen lassen. Die Entwicklung, die über die Festlegungsmomente des Dreiklassenwahlrechts hinwegsetzt, wird auch vor diesen Hänen nicht Halt machen. Das wissen auch die Konserwativen, und deswegen stehen sie dem ganzen Sicherungsaufbau kühl gegenüber, solange das gleiche Wahlrecht bleibt.

Die Regierung kann mit ihrem Sicherungsbau wohl einige laue Freunde des gleichen Wahlrechts mehr für dieses interessieren, aber seine eigentlichen Gegner nicht umstimmen. Deswegen sollte sie sich ernstlich fragen, ob sie, ganz von ihrem Standpunkte aus betrachtet, hier auf dem richtigen Wege ist, indem sie dem Volk das gleiche Wahlrecht bereitet, ohne die Gegner des gleichen Wahlrechts zu verschonen. Sie läßt an Vertrauen ein, ohne Vertrauen zu gewinnen.

Die Regierung, die die Parole des gleichen Wahlrechts ausgegeben hat, muß sich darüber klar sein, daß auf diesem Wege nur ein Vorwärts und kein Zurück gibt. Solange die Regierung vorwärts geht, ist ihr der Sieg sicher. Mit der Hilfe des Volkes kann sie jederzeit über die preußische Junkerberrschaft triumphieren, aber dazu muß sie diesen Sieg wollen und darf sich nicht durch die Drohungen derer einschüchtern lassen, die gestern im Abgeordnetenhaus skandalisiert und provoziert haben. Lassen es diese Leute zum äußersten kommen, dann genügt eine mutige Tat, und ihre Herrlichkeit sinkt in Nichts zusammen.

Aus dem Abgeordnetenhaus wird uns geschrieben:

Eine so skandalöse Sitzung wie am Dienstag hat das Reichshaus in der Prinz-Albrecht-Straße noch nicht erlebt. Wohl wußte man, daß die Wahlrechtsgegner zum Widerstand bis auf das Äußerste entschlossen sind, wohl konnte man sich auf allerhand Randvergeßlichkeiten machen, die die Verabschiedung des großen Verfassungswerkes hinterzögern sollen, aber daß sie so wenig wählertisch in ihren Mitteln sein würden, das hätte man doch nicht erwartet. Der Antrag des Grafen Spee auf Vertagung der Beratung bis nach Kriegsende, der von der großen Mehrzahl der Konserwativen freudig aufgegriffen wurde, diese Verspottung und Beschämung des Volkes, mußte ganz naturgemäß die Erbitterung der Freunde eines freien Wahlrechts, die nunmehr fast ein halbes Jahr hindurch sehen mußten, wie man die Beratungen abschließend beschleppet, aufs höchste steigern, und wenn es bei der Erledigung dieses Antrages zu Szenen gekommen ist, die jeden peinlich berühren, so trifft die Schuld einzig und allein seinen Urheber. Gerade vom vaterländischen Standpunkte aus, den er fortgesetzt als Leitmotiv für sich ins Feld führte, hätte Graf Spee sich sagen müssen, daß er mit seinem übrigens allgemein überzogenen Vorgehen die innere Front schwächt und dem Auslande das Bild einer inneren Zerrissenheit bietet, wie sie in diesem Umfange nicht besteht. Hält man sich weiter die fortgesetzten Angriffe, teils persönlicher Art, gegen den Vizepräsidenten des Staatsministeriums vor Augen, vergegenwärtigt man sich, wie der Chor der Wahlrechtsfreunde Herrn Dr. Friedberg, in dem sie als Hüter des monarchischen Gedankens doch in erster Linie den Minister ihres Königs zu achten haben, förmlich niederbrüllen und ihn beinahe am Boden hindern, so wird man mit uns zu dem Schluß kommen, daß die Mehrheit des Reichshauses ein so merkwürdiges parlamentarisches Verhalten an den Tag gelegt hat, wie es in einem Parlament des gleichen Wahlrechts schlechterdings unmöglich ist. Das Dreiklassenparlament hat sich dadurch selbst sein Todesurteil gesprochen.

Ist auch der Beratungskontrast mit großer Mehrheit abgelehnt worden, so haben sich doch die Ausschüsse für das gleiche Wahlrecht nicht gelöst. Man weiß jetzt, daß von den Nationalliberalen 33 dafür und 36 dagegen stimmen, daß aber auch vom Zentrum ein kleiner Teil seine Stimme gegen das gleiche Wahlrecht in die Waagschale werfen wird. Seine Weichung in zweiter Lesung ist demnach fast sicher, und unseres Erachtens wäre es vergebliche Arbeit, wollte die Regierung, wie sie angekündigt hat, noch eine Vertagung verjagen. Die einzige Antwort auf die Ablehnung des

weisen Wahlrechts in zweiter Lesung wäre die Aufhebung, und mit dieser Antwort sollte die Regierung nicht zögern. Ob die Entscheidung bereits am Mittwoch fallen wird, ist angeht der großen Rednerliste ungewiss.

138. Sitzung. Dienstag, den 30. April 1918.

Am Ministerische: Ministerpräsident Graf Hertling, Dr. Friedberg, Dr. Drews, Hergt, v. Eisenhart-Rothe.

Die Tribünen sind überfüllt. Das Haus ist sehr stark besetzt. Präsident Graf Schwerin-Schwig eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30 Minuten.

Zweite Lesung der Wahlrechtsvorlagen.

Auf der Tagesordnung steht: 1. der Gesetzentwurf betreffend die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, 2. der Gesetzentwurf über die Zusammenfassung des Herrenhauses und 3. der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Art. 83 und 99 der Verfassung.

Ein Vertagungsantrag.

Abg. Graf Spee (Z., zur Geschäftsordnung): Ich beantrage, die Punkte 1, 2 und 3 der Tagesordnung abzulesen und die Beratung der Angelegenheit bis nach Friedensschluss zu vertagen. (Große Bewegung im ganzen Hause. — Stürmischer Beifall rechts. — Gelächter und heftiger Widerspruch links. — Allgemeine Erregung.) Ich stelle den Antrag durchaus auf eigene Faust (erneute lebhafteste Erregung), in vollem Ernst nehme ich das auf mich. Der Redner weist dann darauf hin, daß der Reichsanwalt v. Weichmann Hollweg seinerzeit im Abgeordnetenhaus erklärt habe, daß die Wahlreform erst nach dem Kriege erfolgen könne. (Lebhaftes Hört! Hört! rechts.) Auch in der Osterbotschaft wurde darauf hingewiesen, daß noch Millionen draußen im Felde seien, und daß im vaterländischen Interesse die Reform hinausgeschoben werden müsse. Ich bitte, doch diese Erklärungen zu beachten und einmal allen politischen Ehrgeiz und Machtgier auszuwischen. (Lebhaftes Unruhe links und im Zentrum.) Wenn das Haus in Klammern steht, dann suchen alle Parteien doch zunächst gemeinsam das Feuer zu löschen. Wir aber strecken uns hier über neue Einrichtungen, ehe wir den Frieden haben. (Zurufe links: Sie gießen Öl ins Feuer!) Wir müssen alles vermeiden, was auch nur den Anschein erwecken könnte, als ob die kraftvolle Einigkeit der geschlossenen Front nicht auch im Innern vorhanden wäre. Alle Garantien, die man nur wünschen kann, sind gegeben, daß die Abänderung der preussischen Verfassung erfolgen muß. Niemand wird sich dem entgegenstellen können. Es handelt sich um nichts anderes als um die Frage des Zeitpunktes, wann es geschehen soll. Der jetzige Augenblick, wo wir den ungeheuren Erstlingskampf führen müssen, ist der denkbar ungeeignetste nach jeder Richtung. Wollen Sie denn unsere Helden anstacheln, die an der Front stehen? Die Annahme meines Antrags würde an der Front wie eine Entlassung wirken. (Lebhafter Beifall rechts. Gelächter im Zentrum und links.) Ich komme von der Front. Dort begreift man die verdammt Friedensresolution des Reichstags nicht. (Unruhe links und im Zentrum.) Dort begreift man diese innerpolitischen Kämpfe nicht, während alles darauf ankommt, einmütig und brüderlich zusammenzufassen. Der Kampf im Innern stärkt die Widerstandskraft unserer Heere, er vermehrt das unruhige Blutvergießen. Aber auch im Innern wird man anfangen, wenn dieses Haus sagt, daß wir uns einigen wollen, und daß wir alles vermeiden wollen, was uns trennt. (Lebhafteste Unterbrechungen und Zurufe: Zur Geschäftsordnung!)

Präsident Graf Schwerin-Schwig: Ein Antrag, wie der vorliegende, ist seit länger Zeit nicht gestellt worden. Es liegen aber bestimmte Vorgänge vor. In einem solchen Falle hat der damalige Präsident die Begründung des Antrags zugelassen. Es folgte dann eine einstündige Begründung. Der Antragsteller hat also auch hier das Recht der Begründung.

Abg. Graf Spee (Z., fortsetzend): Selbst wenn das gleiche Wahlrecht hier angenommen würde, so wäre das ein Ehrwürdiges. Was würden Sie denn erreichen? Politische Kämpfe, politische Hege durch das ganze Reich. Der Redner wendet sich dann an den Ministerpräsidenten und erklärt, auch der Kaiser würde sich wohl auf den Standpunkt dieses Antrages stellen! Nach dem stolzen Kaiserworte: Ich kenne keine Parteien mehr. Ich komme von der Front und habe mich hier im Abgeordnetenhaus seit Februar krank gemeldet, weil ich dieses politische Durcheinander nicht mehr vertragen konnte. (Lebhafter Beifall rechts, Gelächter im Zentrum und links.) Ich war draußen in der herrlichen Atmosphäre kraftvoller Kampfentscheidung. Ich war begeistert von der Stimmung dort draußen. Ich wünsche Ihnen allen, Sie hätten das mitgemacht, Sie ständen alle auf dem Standpunkt meines Antrags. Lassen Sie die Begierde auch auf sich wirken, zeigen Sie unseren Helden, daß wir hier einig sind. „Haltet aus im Sturmgebirg!“ (Lebhafter Beifall rechts, Unruhe links und im Zentrum. — Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Dr. Borch, redet erregt auf den Abg. Grafen Spee ein.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Der Vorschlag des Parteiführers ist wohl für das ganze Haus, sogar für seine eigenen Parteifreunde überraschend gekommen. Es hat aber auch die Regierung überrascht. (Hört! Hört!) Der Vorschlag mag aus patriotischer Gesinnung hervorgehen. Aber ich glaube nicht, daß seine Annahme diesen Erfolg haben würde. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Jetzt eine Vorlage, die feierlich angekündigt worden ist und in deren Beratung wir mitten drin stehen, auf eine ganz unbestimmte, unabherrschbare Zeit zurückzustellen, würde den inneren Frieden unseres Volkes aufs tiefste gefährden. (Stürmische Zustimmung links und im Zentrum. Große Unruhe rechts.) Die Regierung kann dafür die Verantwortung nicht übernehmen und würde die Annahme des Antrages mit den äußersten verfassungsmäßigen Konsequenzen beantworten. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum. Großer Lärm rechts.)

Abg. Dr. Borch (Z.): Die Annahme, daß der Antrag eine Überpassung auch für das Zentrum sein würde, trifft leider nicht zu. Graf Spee hat den Antrag nicht mehr in der Reichstagsitzung angekündigt, ist aber einmütig und dringend gebeten worden, den Antrag zurückzustellen. (Hört, Hört! links.) Er hat ihn auf eigene Faust gestellt. Nun kann man gewiß verschiedener Meinung darüber sein, ob es zweckmäßig war, im Kriege diese Vorlagen einzubringen. (Hört, Hört! rechts.) Aber nachdem die Vorlagen eingereicht worden sind und, wie ich anerkennen muß, von einem großen Teile des Volkes die Erledigung dieser Vorlagen gewünscht wird, erscheint es mir unmöglich, diesen Antrag anzunehmen. Meine Freunde werden ihn daher ablehnen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. Bachnide (Wp.): Ich kann das Versenden nicht unterdrücken, daß der Präsident die Grenzen der geschäftsordnungsmäßigen Begründung des Antrages so weit gezogen hat, daß der Antragsteller von der Verantwortung für die Friedenschließung des Reichstags freigesprochen werden kann. (Zurufe links: Ungehört! — Stille! — Sehr richtig! rechts.) Was den Antrag selbst betrifft, so hat der Antragsteller entgegen den Gepflogenheiten der Art. 83 des Verfassungstextes das Drama gestellt. (Sehr gut! links.) Der Antrag ist ein Gebot auf die Krone (Stürmischer Widerspruch rechts. — Lebhafteste Zustimmung links, ein Gehn auf das Staatsministerium und ein Gehn auf das Land. (Stürmischer Beifall links.) Was schließlich die Ausführungen des Grafen Spee anbelangt, so sagen wir in der Ansprache selbst vorbringen, an diesen Antrag vorzubringen

wir keine weiteren Worte. (Unruhe rechts.) Sollte sich aber herausstellen, daß irgend eine größere Partei für den Antrag eintritt, so werden wir namentliche Abstimmung beantragen. (Lebhafter Beifall links.)

Präsident Graf Schwerin: Ich bitte, meine Handhabung der Geschäfte nicht einer solchen Kritik unterziehen zu wollen. (Zurufe links: Sehr berechtigt!) Der Antragsteller hat sich durchaus im Rahmen der Begründung für seinen Geschäftsordnungsantrag gehalten. (Widerspruch links.)

Abg. H. Hoffmann (U. Soz.): Wenn Graf Spee an der Front eine führende Stellung haben sollte, würde ich das nach seinem Auftreten hier für sehr bedenklich halten. (Zurufe rechts.) Man sollte zunächst einmal feststellen, ob alle Anwesenden auch Mitglieder des Hauses sind, es sind ja viel unbekannte Gesichter hier. (Große Heiterkeit.) Den Grafen Spee sollte man für seine Leistung im Herrenhaus belohnen. (Unruhe rechts.) Will sich die Regierung in dieser Weise auf der Nase herumtanzen lassen? Mit eisernem Wesen muß Auskehr gehalten werden. Wie eine Erklärung soll der Antrag angeblich an der Front wirken. Welche Front meint Graf Spee? Während seiner Rede machte es den Eindruck, als ob er

ohne Rücksicht direkt aus dem Offizierskassens gekommen wäre. (Großer Lärm und Hui-Rufe rechts. — Ordnungsruf des Präsidenten.) Man sollte den Grafen Spee einem Psychiater zur Untersuchung übergeben. (Neuer Lärm und Hui-Rufe rechts. — Zweiter Ordnungsruf des Präsidenten.) Wird der Antrag angenommen, so würde ich die Kämpfer an der Front anfordern, bis zur Einführung des gleichen Wahlrechts den Kampf einzustellen. (Großer Lärm und Hui-Rufe. — Zurufe rechts: Raus! Juchthaus! Hochverräter! Landesverräter!)

Präsident Graf Schwerin: Wegen dieser, die Gefühle des Hauses und des ganzen Landes tief verletzenden Äußerungen rufe ich Sie zum dritten Male zur Ordnung. (Beifall.) Ich bitte, die Verhandlungen über eine so ernste und bedeutungsvolle Frage in einem Tone zu führen, der der Bedeutung der Sache entspricht. (Zurufe links: Verdammt Friedenschließung!) Ich habe aber gehört, daß Graf Spee von einer verdammt Reichstagsresolution gesprochen hat. Ich muß diesen Ausdruck als verlegend für einen Teil der Reichstagsabgeordneten rügen. Im übrigen kann ich mitteilen, daß auch ich von dem Antrage des Grafen Spee überrascht worden bin. (Zurufe links: Unangenehm!)

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.): In keinem Parlament der Welt wäre es möglich, daß kurz vor der Entscheidung über eine so wichtige politische Frage ein derartiger Antrag gestellt würde, der eine Herausforderung des ganzen Hauses bedeutet. (Sehr richtig! links.) Wenn irgend etwas dem Volke die Augen darüber öffnen kann, was unter einem Dreiklassenwahlrecht möglich ist, so ist es dieser Antrag. Der Antrag würde an der Front nicht wie eine Erlösung empfunden werden, er würde den Siegeswillen lähmen. (Sehr richtig! links — Unruhe rechts.) Wir freuen uns über die Erklärung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums und hoffen, daß bei einer Annahme des Antrags noch heute, spätestens aber morgen das Abgeordnetenhaus aufgelöst wird. (Beifall links.) Das preussische Volk würde darauf die richtige Antwort geben. (Beifall links — Lachen rechts.)

Abg. Dr. Lohmann (natl.): Wir werden geschlossen gegen den Antrag Graf Spee stimmen. (Beifall.) Gewiß können Bedenken darüber bestehen, ob es richtig war, daß wir mit diesen Vorlagen jetzt befaßt worden sind. Aber nachdem sie eingebracht sind, kann sich die Regierung einen solchen Antrag nicht gefallen lassen. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Graf Spee mußte sich bei ruhiger Überlegung sagen, daß die Regierung geradezu verpflichtet war, die Annahme seines Antrages mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses zu beantworten. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Eine weitere Folge des wenig überlegten Antrages war die Rede der auferstehenden Ältern, die wir hier haben hören müssen und die jeder Kundige hätte voraussehen müssen. Die Würde und der Ernst dieser Stunde sind damit tief herabgedrückt worden, und wir bedauern außerordentlich, daß das hat geschehen können. Graf Spee aber wird sich sagen müssen, daß er von der Verantwortung für diese bedauerlichen Vorgänge nicht frei ist. (Beifall links und im Zentrum. — Widerspruch rechts.)

Abg. v. Heydebrand (L.) Ich bin sehr überrascht über einmütiges Bedauern darüber, daß wir mitten im Kriege uns mit diesen Vorlagen befassen müssen. Gleichwohl waren wir alle bereit und sind es heute noch, in eine Beratung des Gegenstandes einzutreten. Der Antrag Graf Spee hat uns überrascht. Vieles von dem, was er gesagt hat, bedarf sich unserer Auffassung. In dessen sind die Gegenstände nicht außer acht zu lassen, und daher beantragen wir, die Sitzung auf eine Stunde zu vertagen.

Abg. Dr. Brütt (L.): Wir scheiden uns dem an. (Hört! Hört! links.)

Abg. Dr. Bachnide (Wp.): Auch das heisse dem Antrag zu viel Ehre an. Für die Vertagung liegt kein Grund vor. Die Verantwortung des Grafen Spee ist so schwer, daß er sie kaum wird tragen können. (Lachen rechts.) Wenn es in dieser Aussprache zu Äußerungen gekommen ist, die wir tief beklagen müssen, wer hat sie herbeigeführt? (Zurufe rechts: Ihre Freunde!) Graf Spee hat uns in diese Lage gebracht und damit Herrn Hoffmann die Gelegenheit gegeben, Äußerungen zu tun, zu denen sich außer ihm und seinen allerersten Freunden niemand bekennt. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Borch (Z.): Auch nach meiner Auffassung ist es für den bedauerlichen Antrag zu viel Ehre, wenn feine Worte die Sitzung vertagt werden soll. Aber da eine große Partei den Wunsch danach ausgesprochen hat, glauben wir nicht widersprechen zu sollen.

Der Antrag auf Vertagung für eine Stunde wird mit den Stimmen der Konservativen, Freikonservativen und des größten Teils des Zentrums angenommen. Die Sitzung wird um 12 1/2 Uhr daraufhin unterbrochen.

Wiederaufnahme der Sitzung.

Präsident Graf Schwerin eröffnet um 1 Uhr 30 Minuten wieder die Sitzung. Die Geschäftsordnungsansprache über den Antrag des Grafen Spee wird fortgesetzt.

Abg. Lüdicke (ff.): Die bisherigen Verhandlungen haben bewiesen, eine wie große Schuld die königliche Staatsregierung mit der Einbringung dieser Vorlagen auf sich geladen hat. (Stürmischer Beifall rechts. — Unruhe links und im Zentrum.) Während die Augen ganz Deutschlands nach Pflandern gerichtet sind, spielen sich solche Vorgänge hier ab. (Zurufe rechts.) Die Verantwortung hierfür trägt wiederum in erster Linie die königliche Staatsregierung. (Erneute stürmische Zustimmung rechts. — Heftiger Widerspruch links und im Zentrum.) Der Antrag des Grafen Spee ist eine Tat. Er findet Widerstand in den Herzen meiner Freunde und in weiten Kreisen des deutschen Volkes. Gewiß, dagegen wagt ein anderer Wind, ein Geist der Zübereifer und der Stärke. Bei der gegenwärtigen Lage müssen wir aber den Antrag ablehnen. (Heiterkeit links und im Zentrum.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Lieber den Antrag Spee können die Ältern wohl geschlossen werden. Innerhalb und außerhalb dieses Hauses ist das Urteil darüber wohl klar. Wer ich mich Vernachlässigung dagegen entgegen, wenn der Abg. Lüdicke den Rat gefaßt hat, von einer

Schutz der königlichen Staatsregierung zu sprechen. (Stürmische Zurufe rechts: Den Rat?) Wenn er den Rat gefaßt hat, einen solchen Angriff gegen die Regierung zu richten (großer Lärm rechts, so daß Dr. Friedberg mehrere Minuten lang nicht zu Worte kommen kann). Sie wollen die Staatsregierung ja nicht einmal reden lassen. (Erneuter Lärm rechts. — Zurufe links: Ruhe! — Abg. v. d. Osten (L.): Sprechen Sie als Abgeordneter oder als Regierungsbekämpfer?) Ich werde es entscheiden zurück, als ob die Regierung mit der Einbringung dieser Vorlage eine schwere Schuld auf sich geladen hätte. Hier handelt es sich um eine vom ganzen Volk gewünschte Reform. (Widerspruch rechts. — Beifall links und im Zentrum.)

Abg. v. Heydebrand (L.): Ich kann dem Abg. Lüdicke nicht so unrecht geben. (Hört! Hört!) In dieser schweren Zeit sollten innere Zwiespältigkeiten vermieden werden. (Abg. Cassel (Wp.): Sie entfesseln ja den Skandal!) Meine Freunde sind darin einig, daß die sachlichen Gründe des Grafen Spee anzuerkennen sind. Wir würden den hohen Patriotismus, der aus seinen Worten hervorgeht. Wir weisen von unserer Seite aus die Art und Weise zurück, mit der man seine Ausführungen behandelt hat. Wegen dieser Art und Weise werden einige meiner Freunde die Stimme für den Antrag heben. Die Mehrheit ist der Ansicht, daß, nachdem wir die Vorlagen so weit beraten haben, wir auch die Konsequenzen ziehen müssen. Wir werden also in der Mehrheit gegen den Antrag stimmen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Der Abg. Heydebrand hat, wenn auch in milderer Form, den Vorwurf des Abg. Lüdicke sich zu eigen gemacht. Dieser Vorwurf nimmt sich sehr eigenartig aus in dem Munde eines Abgeordneten, der die schwere Schuld auf sich genommen hat, daß

jahrelang die Wahlreform in diesem Hause verhindert worden ist. (Stürmische Entrüstungsraufe rechts. — Lebhafteste Zustimmung links und im Zentrum.) Sie sind schuld daran, wenn die Wahlreform nicht schon früher erledigt worden ist. (Erneuter Lärm rechts. — Beifall und Gandelartischen links und im Zentrum.)

Abg. H. Hoffmann (U. Soz.): Die Rechte hat uns gezeigt, wie man die Regierung behandeln muß, wenn sie einem nicht zu Willen ist. Wir werden dankbare Schüler sein.

Abg. Graf Spee (Z.): Wenn mein Antrag abgelehnt wird, so nicht aus sachlichen, sondern aus taktischen Gründen. Die Abgeordneten Radnitsch und Lohmann wollen mir die Schuld für die unerhörten Ausfälle des Herrn Hoffmann in die Schuhe schieben. Wohin soll das führen, wenn man keine Anträge mehr stellen kann, weil Herr Hoffmann ausfallen wird. Ich wünsche, meine Rede würde im Wortlaut in allen Zeitungen abgedruckt werden. (Heiterkeit. Zuruf des Abg. Hoffmann: Und an der Front angeschlagen!) Ich würde mir mein Leben lang Vorwürfe machen, wenn ich diesen Antrag nicht gestellt hätte. (Abg. Leinert (Soz.): Sie hätten lieber Ihr Mandat niederlegen sollen!) Es kann so weit kommen, daß noch die Parteien dieses Hauses, die Regierung und das Herrenhaus auf meinen Antrag zurückkommen.

Abg. Dr. Bachnide (Wp.): Da der Antrag mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wird, lohnt eine namentliche Abstimmung nicht. (Abg. Arsch (L.): Wir sind nicht so ängstlich!) Dann stellen Sie doch selbst den Antrag. Ziehen Sie doch die Konsequenzen aus Ihrem Hebermut. Für Sie kommt es nur auf die Aufrechterhaltung Ihres Parteibestandes an. Im nächsten Wahlkampfe wird Ihre Mehrheit gerüttelt werden.

Abg. H. Hoffmann (U. Soz.): Auch wir verzichten auf namentliche Abstimmung. Wenn Sie wollen, so blamieren Sie sich selbst.

Abg. v. Heydebrand (L.): Dann nehmen wir selbst den Antrag auf namentliche Abstimmung auf. (Beifall rechts.)

Die namentliche Abstimmung.

Bevor nunmehr zur namentlichen Abstimmung geschritten wird, äußert Präsident Graf Schwerin geschäftsordnungsmäßige Bedenken über die Zulässigkeit eines solchen Antrages.

Abg. Dr. Borch (Z.): Es gibt dafür einen Präzedenzfall. In den 70er Jahren hatte Windthorst die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen beantragt. Die Linke erhob Widerspruch. (Stürmisches Hört, Hört! rechts) und beantragte die Vertagung auf sechs Monate. Das Haus hat sich damals mit Mehrheit für die Zulässigkeit der namentlichen Abstimmung über diesen Vertagungsantrag ausgesprochen und die Vertagung auf sechs Monate beschlossen. (Hört, Hört! rechts.) Allerdings ist aus diesen sechs Monaten eine bedeutend längere Zeit geworden. (Stürmische Heiterkeit.)

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Graf Spee abgelehnt.

Für den Antrag stimmen 60 Konservative, dagegen die 333 anderen Mitglieder des Hauses. Ein Abgeordneter enthält sich der Abstimmung.

Abg. Graf Spee (Z.): Ich war bei der Abstimmung leider nicht anwesend. Wäre ich hier gewesen, so hätte ich für meinen Antrag gestimmt. (Große Heiterkeit.)

Darauf wird in die sachlichen Verhandlungen eingetreten. (Schluß in der Beilage.)

Argentinien soll deutsche Schiffe beschlagnahmen.

London, 30. April. (Reuter.) „Times“ erzählt aus Buenos Aires, daß in einer amtlichen Mitteilung des Handelsdepartements aus Washington unmißverständlich angedeutet wird, daß Argentinien die in seinen Häfen aufgelegten Schiffe in Gebrauch nehmen müssen, da es sonst wahrscheinlich unmöglich sein wird, Schiffsraum für die Reisen nach den Laplata-Häfen zur Verfügung zu bekommen.

Nunmehr wird also sichtbar, was hinter den unlängst einlaufenden Nachrichten von Argentinien's Haltung gegen Deutschland zu suchen ist. Der Druck der Vereinigten Staaten auf die südamerikanischen Länder ist auch in Argentinien am Werke, und wie sich zeigt, wird dieselbe Methode, die schon anderswo Erfolg brachte, angewendet. Mit dem Importboykott wird gedroht, und die Kriegslage macht es bequemer, die Drohung zu verflüchtigen. Der Industriestaat droht dem Agrarstaat mit dem Boykott, und die harte Latschade der Schiffsraumnot macht seiner Diplomatie die Arbeit leicht.

Die deutsch-holländischen Verhandlungen.

Haag, 30. April. Berliner Telegramme in holländischen Blättern schildern den Stand der Verhandlungen zwischen Deutschland und Holland zu optimistisch, indem sie die Schwierigkeiten als beseitigt hinstellen. Demgegenüber sei bemerkt, daß zwar auf beiden Seiten der ernste gute Wille besteht, eine Regelung herbeizuführen, daß aber eine Aenderung bisher nicht eingetreten ist. Sowie der Korrespondent der „Frk. Ztg.“ zu wissen glaubt, ist bis zum Augenblick eine endgültige Antwort auf die deutschen Forderungen nicht eingetroffen, und voraussichtlich wird die Zweite Kammer heute (Dienstag) noch eine Geheimnisung abhalten.

Die Wahlrechtsdebatte.

Abg. Vell (3.) berichtet über die Ausschüßerhandlungen. Er stellt dabei fest, daß das gleiche Wahlrecht (ohne Pluralstimmen) in sämtlichen süddeutschen Staaten mit Einschluß von Elsaß-Lothringen gilt...

Es findet zunächst eine allgemeine Aussprache statt. Nach § 1 der Kommissionsfassung ist jeder Preuße wahlberechtigt, der 25 Jahre alt und seit wenigstens drei Jahren staatsangehörig ist...

das gleiche Wahlrecht

Vorgesehen und in § 3 bestimmt, daß jeder Wähler eine Stimme hat. Der Ausschuß legte im § 3 fest, daß jeder Wähler eine Grundstimme hat...

Ein Antrag Dr. Bohmann (natl.) will ein Zweistimmwahlrecht einführen. Danach soll eine Zusatzstimme erhalten, wer in den verschiedenen Berufen selbständig oder leitend tätig ist...

Die Sozialdemokraten beantragen das Wahlrecht für die Frauen und Herabsetzung des Wahlalters auf das 20. Lebensjahr.

Der Ausschuß hat auch die Wahlpflicht eingeführt.

Ministerpräsident Dr. Graf v. Hertling:

Meine Herren, die Vorgänge der heutigen Sitzung könnten ja gewisse Zweifel erregen, ob wir noch zu einer Verständigung über die uns jetzt beschäftigende Materie gelangen...

Meine Herren, daß der Artikel 8 in der Fassung, wie Ihre Kommission sie ihm gegeben hat, für die Staatsregierung nicht annehmbar ist, das werden Sie sich zweifellos nach den wiederholt abgegebenen Erklärungen selbst gesagt haben...

den plutokratischen Charakter, den wir schlechterdings vermeiden wollen.

Ein plutokratisches Wahlrecht ist unzulässig oder es geht über das Ziel weit hinaus und verschärft die vorhandenen Gegensätze. Statt eine Milderung herbeizuführen, ein plutokratisches Wahlrecht, das die politischen Rechte schmälert nach dem Maß von Vermögen und Einkommen...

nur handeln um das allgemeine gleiche Wahlrecht

in vernünftigen Grenzen, wie sie bereits durch die Vorlage selbst angedeutet sind. Meine Herren, das gleiche Wahlrecht muß grundsätzlich festgehalten werden. (Beifall links.) Die Forderung ist gegeben, die Forderung muß eingeholt werden, und ich bitte doch zu beachten, daß in allen modernen Staaten das politische und soziale Leben auf dieses Zieleingestell ist...

weitere Sicherungen einführen

wollen. (Hört! hört! links.) Die Regierung wird diese Anregungen mit allem Ernst und allem Wohlwollen prüfen, und selbstverständlich ist die Regierung, die sich dafür einsetzt hat, das gleiche Wahlrecht zur Durchführung zu bringen, zu gleicher Zeit sei entschlossen, dafür zu sorgen, daß die gefährlichsten schädlichen Wirkungen dieses gleichen Wahlrechts möglichst verhütet werden...

Es ist schon heute wiederholt darauf hingewiesen worden, wie notwendig es ist, in unserem Volke die Einmütigkeit, die es in diesem Kriege bewiesen hat, zu erhalten. Unser Volk ist geradezu bewundernswert in seiner einmütigen Haltung...

runge befürchten zu müssen. Jetzt kann die Forderung noch eingeholt werden, indem zu gleicher Zeit diejenigen Sicherungen gegeben werden, die im Interesse eines ruhigen, stetigen Fortschreitens des Staatslebens notwendig sind...

Das gleiche Wahlrecht kommt

Es kommt, wenn nicht heute, so doch in absehbarer Zeit. (Sehr wahr!) Es kommt entweder ohne schwere Erschütterungen, oder es kommt nach schweren, inneren Kämpfen. Darum lautet die Frage jetzt: Wollen Sie jetzt die Hand zu einer Verständigung reichen, die uns dahin führen kann, schwere Erschütterungen zu vermeiden...

Abg. Dr. v. Henning (L.):

Den Wunsch nach einer Verständigung teilen wir. Aber wenn noch nicht einmal der neuerdings von den Nationalliberalen gestellte Antrag ausreicht, um die Zustimmung der Regierung zu finden, so bliebe kein anderer Weg, als einfach die Regierungsvorlage anzunehmen. (Sehr richtig rechts.) Wir sind durchaus davon überzeugt, daß das gegenwärtige Wahlrecht reformbedürftig ist...

die nötige staatsmännische Ruhe

vermissen lassen, aber vielleicht hat er sie in der kurzen Zeit seiner Ministerpräsidentschaft noch nicht erworben. (Heiterkeit rechts.) Sowohl bei der Wahlvorlage von 1906 wie bei der von 1910 haben wir im Einverständnis mit der Regierung zusammengearbeitet, und wenn die Reform damals nicht zustande gekommen ist, so lag das an den Verhörungen in der Reichshaus, für die wir nicht verantwortlich gemacht werden können...

Nun wird gesagt, der Krieg fordere die Einführung des gleichen Wahlrechts. Da wäre es das Nächstliegende gewesen, abzurufen, wie die Kriegsteilnehmer selbst sich dazu stellen. (Stürmische Zustimmung rechts.) Der König hat gewünscht, die Regierung solle eine Vorlage mit dem gleichen Wahlrecht einbringen...

im vorigen Sommer

fünf Sechstel dieses Hauses zu einer vollständigen Einigung über die Wahlreform gelangen wären. Eine Antwort haben wir nicht bekommen. Die Regierung sollte doch den König nicht beschließen, sondern sich schließend vor den Thron stellen. (Beifall.)

Unter dem gleichen Wahlrecht werden wir hier 120 bis 130 Sozialdemokraten, eine sehr verfechtete Fraktion und eine sehr starke Linke haben, und auch bei den anderen Parteien wird der mittelständische Charakter sehr stark beeinträchtigt werden. Die Zusammenfassung des Hauses wird ungleich mehr von dem abhängen, was man „Kollisionspunkt“ nennt...

die Bestreben über die Steuern entscheiden lassen.

die die Bestreben zahlen sollen? (Abg. Ad. Hoffmann: Verstanden können die Bestreben für die Bestreben!) Wenn das gleiche Wahlrecht eingeführt wird, so wird diese Steuerentwicklung unumgänglich aufzuhalten sein. Als wir das der Regierung vorstellten, antwortete sie mit bewährten Wendungen, aber sie konnte keine sachlichen Gegengründe vorbringen...

Bei einer derartigen Verstärkung der Linken werden aber auch unsere konservativen und konfessionellen Güter, insbesondere unsere konfessionelle Volksschule gefährdet sein. Diese Verantwortung aber wollen wir weder für uns noch für unsere Kinder tragen. (Ernobel rechts.) Ueber die Ostmarken hat sich der Ministerpräsident ausgesprochen. Die bisherige Polenpolitik kann man nur mit einer Mehrheit wie der jetzigen aufrechterhalten...

änderten Verhältnisse etwas Neues geschaffen werden muß. Das Wahlrecht muß sich aber der Gliederung der bürgerlichen Gesellschaft in dem Sinne anpassen, daß jedem Glied sein Recht wird, die Gleichheit ist ein Konsens. An sich wären wir für ein Wahlrecht, das auf den Beruf Rücksicht nimmt. Aber damit sind wir nicht durchgedrungen. Infolgedessen versuchten wir es auf anderem Wege, indem wir die Gesichtspunkte des Alters, der Bildung, des Besitzes, der Steuerleistung und des selbständigen Erwerbs hineintrugen...

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg:

Die Regierung hat sich erklärt, daß sie unbedingt an der Fortsetzung des gleichen Wahlrechts festhält. Der Ministerpräsident hat in seiner Rede schon darauf hingewiesen, daß vielleicht auf anderem Wege eine Verständigung

sehr wohl möglich sein wird. Namentlich durch gewisse verfassungsmäßige Mittel, die man sich unerwünscht die Folgen des gleichen Wahlrechts beseitigen können. (Lachen rechts.) Ich behaupte außerordentlich, daß die konservative Partei alle Versuche, die Frage so zu lösen, grundsätzlich abgelehnt hat. Der Vortrager hat mir die Erregung vorgeworfen, mit der ich vorhin gesprochen habe. Ich halte es da mit Befriedigung: wer bei gewissen Dingen kein Temperament nicht verliert, der hat überhaupt keine. (Sehr gut links.) Wer so wie wir vom Abgeordneten Rüdiger angegriffen worden ist, hat das Recht, darauf entsprechend zu erwidern. (Sehr richtig links.) Wir aber als Vertreter der Regierung haben Sie durch Lärmen die Erwidrung unmöglich machen wollen. (Kurze rechts: Sie haben als Abgeordneter gesprochen!) Das müssen Sie schon meiner Beurteilung überlassen...

mit Ja beantworten.

(Hört! hört! links.) Der Träger der Krone ist ganz selbstverständlich in den Beratungen, die der Oberhofrat und der Justizrat voranzutreiben, über diese Dinge unterrichtet worden und zwar in ausführlicher Weise. (Erneutes Hört! hört! links.) Bei den Beratungen im Ausschuß aber habe ich mich ganz selbstverständlich auf die Reichshaus beschränken müssen. Das ist damit die Krone ungebührlich in den Vordergrund geschoben hätte, ist unrichtig. (Sehr richtig links.) Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Minister sich nicht hinter die Krone, sondern vor die Krone stellen. ... (Stürmische Zurufe rechts: Sollen!) Wir tun das auch. (Beifall rechts.) Gerade die Tatsache, daß ich die Verantwortung in dieser Frage übernommen habe, die für mich außerordentlich schwierig und mitunter äußerst peinlich sein muß, beweist, daß ich bereit bin, mich vor meinen König und nicht hinter meinen König zu stellen. (Beifall links.)

Die vom Vortrager gegen das gleiche Wahlrecht geäußerten Bedenken waren nicht neu. Wichtig ist, daß unter dem gleichen Wahlrecht das Abgeordnetenhaus eine andere Zusammenfassung erfahren wird. (Hört! hört! rechts.) Das ist doch ganz selbstverständlich. Aber die Bedenken des Abg. v. Henning bestehen gegen das Pluralwahlrecht genau so wie gegen das gleiche Wahlrecht. (Sehr richtig links. — Widerspruch rechts.) Ja, die Frage für die Ostmarken liegt aus wirtschaftlichen Gründen bei dem Pluralwahlrecht noch ungünstiger. (Sehr richtig links.) Wer die heutige Mehrheit beibehalten will, muß folgerichtig für die Beibehaltung des Pluralwahlrechts sein. In der Ostmarkenpolitik wird die Regierung Mittel und Wege finden, um es bei dem bisherigen Kurse zu lassen, und sie hofft dabei auf die Unterstützung der Mehrheit dieses Hauses. Der autoritative Charakter des Staates wird durch das gleiche Wahlrecht nicht gefährdet. Für diesen Charakter des Staates bürgt allein schon seine monarchische Grundlage. Die Bestrebungen des Abg. v. Henning werden auch durch den

Einwiel auf Süddeutschland

widerlegt, wo es trotz demokratischer Wahlrechte auch nicht brummt und bräut geht. (Sehr richtig links.) Ueberhaupt müssen wir uns von jeder Ueberhebung freihalten. Bei aller Verehrung für die Eigenart unseres preussischen Staatswesens kann man doch nicht sagen, daß nun alles im alten Preußen gut und schön sei. Als Altpreuße vom Scheitel bis zur Sohle (Lachen rechts) weiß ich mich doch frei von dem Gefühl turnhoher Erhabenheit gegenüber anderen Bundesstaaten. (Sehr richtig links.) Die Ausgestaltung des Gemeindefreehrechts kann kommen, aber braucht nicht zu kommen. Uebrigens hat selbst Bebel auf dem Mannheimer Parteitag auf den grundsätzlichen Unterschied der Aufgaben des Staates und der Gemeinden hingewiesen. Man kann in der Tat nicht beides über einen Kamm scheren. Uebrigens ist im Ausschuß das gleiche Wahlrecht für die Gemeinden von freikonserverativer Seite beantragt worden. Die Frage des Wahlrechts sollte man realpolitisch betrachten. Was vor dem 11. Juli 1917 möglich war, ist

nach dem 11. Juli nicht mehr möglich.

Man mag an der kaiserlichen Watschaft dialektisch denken, wie man will, in ihr ist ein Regierungsprogramm angefaßt worden, das, nachdem es einmal in die Welt hinausgegangen ist, nicht mehr rückgängig zu machen ist. Diese Entwicklung ist nicht mehr aufzuhalten. Ein Staatsmann muß weiter denken und sich auf den Boden des Möglichen stellen. Der Kernpunkt der Ausführungen des Herrn v. Henning war etwa der, daß die von der Regierung vorgebrachten Gründe genügen und zu leicht befunden seien. Herr v. Henning kann ich als unparteiischen Bürger nicht anerkennen. Deshalb trifft mich sein Wort minder schwer. Er hat geschlossen mit einem Hinblick auf die Kämpfe unserer untergeordneten Truppen an der Westfront und gemeint, während dort Schlachten geschlagen würden, wüßten wir hier in Streit und Hader eine Vorlage verabschieden. Die Regierung hat unter der schweren Verantwortlichkeit, unter der sie steht, gewissen-

... Vorlage in möglichst kurzer Zeit, wenn auch vielleicht unter Rücksichtnahme über diese Vorlage entstanden ist, nach 2 1/2 Jahre hinaus weiter dauern soll. Vor dieser Entscheidung stand die Regierung. Wenn sie zu der Entscheidung gekommen ist, daß das beste Mittel das war, die Vorlage möglichst bald zum Abschluß zu bringen, so verdient sie von meinem Standpunkt aus nicht Tadel, sondern Anerkennung. (Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Dr. Vorsch (B. zur Geschäftsordnung): Obgleich nur § 1 gegenwärtig zur Besprechung steht, befaßt sich die Beratung gleichwohl mit dem gleichen Wahrecht, also mit dem § 8. Ich beantrage deshalb, die Besprechung gleich auf § 8 auszudehnen.

Abg. Dr. Lehmann (nass.): Schließt sich diesem Antrag an. Abg. Dr. Büchse (fl.) widerspricht und bittet, den § 8 besonders zu behandeln.

Abg. Dr. Vorsch (B.): Mein Antrag will ja nur hervorheben, daß bei § 8 dieses aus der letzten Besprechung wiederholt wird.

Abg. Gauenisch (Sog.) bittet, die Debatte nur bis zum § 8 auszudehnen, das heißt, soweit die Zusatzstimmen in Betracht kommen, da § 8 (Wahlrecht) eine besondere Erörterung erfordert.

Abg. Dr. Arendt (fl.): Wir können die Einzelheiten der zahlreichen Anträge zu § 8 jetzt in der allgemeinen Besprechung noch nicht mit behandeln, eine Sonderdebatte über § 8 erscheint daher angebracht.

Abg. Dr. Bachnits (Sp.): Die Verbindung der §§ 1 bis 8 ist schon im Kellertentat beschlossen worden. (Abg. Gasse (Sp.) ruft: Freiherr von Jolly würde nicht dagegen sein!)

Der Antrag Vorsch wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen. In der fortgesetzten Besprechung folgt

Abg. Dr. Vorsch (B.)

aus: Bei der ersten Lesung haben wir erklärt, daß ein Teil von uns für das gleiche Wahlrecht stimmen, ein anderer Teil seine ursprüngliche Stellungnahme von den Ausführenden Verhandlungen und ihrem Ergebnis abhängig machen wird. Die Verhandlungen im Ausschuss haben zu dem erwarteten erwartlichen Ergebnis nicht geführt, die Dinge sind noch im Fluss, wie sich auch aus den Erklärungen der Regierung ergibt. Erst in der dritten Lesung werden wir unseren Standpunkt eingehend begründen. In der zweiten Lesung wird

ein kleiner Teil meiner Freunde gegen das gleiche Wahlrecht, die große Mehrheit meiner Partei dafür stimmen. Im gegenwärtigen Augenblick erwarten wir keine nicht Neben, sondern Abstimmungen. (Beifall im Zentrum.)

Auf Antrag des Abg. Lehmann (nass.) beruht das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch, 11. Apr. Schluß: 4 Uhr.

Vom 54. Verbandstag der Konsumvereine

Am 27. und 28. April trat in Sagan der Verbandstag während des Krieges bereits zum vierten Male zusammen, um die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse einer eingehenden Besprechung zu unterziehen. Insbesondere wurden die Fragen der Ubergangswirtschaft erörtert. Hierbei sprach Rirus-Verlin, der in seinen Darlegungen für die Zeit der Ubergangswirtschaft die Zulassung der Großhandels- und Produzentenvereine als Konsumvereine als Großhändler und Produzentenvereine forderte, damit dieselbe die Konsumvereine mit allen Bedarfsartikeln versorgen könne. Im übrigen sei die Zwangsbewirtschaftung mit der Festsetzung von Höchstpreisen nicht länger aufrechtzuerhalten, als es im Interesse der Verbraucher notwendig sei. In Anbetracht der den Konsumvereinen erwachenden großen Aufgaben sei die Stärkung der Kapitalkraft eine der dringlichsten Aufgaben; dazu bedürfe es der Erhöhung der Geschäftsanteile. Außerdem sei zu verlangen, daß der Genossenschaftsbewegung im staatlichen Leben diejenigen Rechte eingeräumt werden, die sie auf Grund ihres segensreichen Wirkens im Allgemeininteresse beanspruchen könnten.

Verbandsvorsitzender Müller veranschaulichte die Widerstände, denen die Genossenschaften ausgesetzt sind, um sich den Anteil der ihnen zustehenden Lebensmittelmengen für die Mitglieder zu sichern. Wenn die Umsätze sich trotzdem im Berichtsjahr von 62,8 auf 64,9 Millionen Mark erhöht hätten, so sei das nicht auf den Absatz größerer Warenmengen, sondern auf die höheren Preise zurückzuführen. Das gleiche gelte auch von der Eigenproduktion, die zwar nur von 14,4 auf 14,7 Millionen Mark gestiegen sei. Den Bericht über die Tätigkeit im Sekretariat erstattete Hilbrand, der an zahlreichen Beispielen die Notwendigkeit der Hilfeleistung zur Abwehr gegen ungerechte Besteuerung der verschiedenen Konsumvereine darlegte. Im übrigen besprach Redner die Einwirkung des Warenumschlagstempels, der Kriegsgewinnsteuer und den jetzt dem Reichstag vorgelegten Steuerentwurf, der wiederum eine starke Belastung der Verbraucher, sowie der Vereine bedeute.

Wenn indessen die Anhänger der Genossenschaften alle einmütig zusammenwirkten und das Gesamtinteresse nicht aus dem Auge verlieren, werde die Genossenschaftsbewegung nach Friedensschluß einer ungeahnten Entwicklung entgegengehen.

Groß-Berlin

Das Kohlenland.

Der Winter ist zu Ende, der Kohlenbedarf läßt nach, aber die „Kohlenäcker“ vor den Kohlengeschäften werden von Tag zu Tag länger. Bei jedem Kleinhändler, der ein paar Fuhrer Breihschalen erhält, sammelt sich hundert und mehr Käufer an, um nach stundenlangem Warten mit einem halben Fenner der begehrten Ware heimzugehen. Vor den Toren der großen Kohlenplätze, die morgens um 1/2 9 Uhr mit dem Kleinverkauf beginnen, stellen sich schon abends um 9 Uhr die ersten Frauen an. Im Laufe der Nacht wächst ihre Zahl zu Hunderten und keine von ihnen weiß, ob am kommenden Tage überhaupt Kohlen zu haben sind. Aber selbst an den Tagen, wo Kohlen zum Verkauf kommen, reichen die Vorräte nicht aus, um alle Käufer zu befriedigen. Ein erheblicher Teil der Kormisten — es sind fast nur Frauen und Kinder — muß dann nach einer offenen Straße verdrängt werden, um schlaflosen Nachts mit leeren Säcken und Wagen wieder nach Hause gehen. In einer folgenden Nacht versucht man dann, vielleicht mit dem gleichen Mißerfolge, sein Heil auf's Neue.

Die für die Deckung des Bedarfs der zweiten Winterhälfte bestimmte Kohlenkarte läuft am 15. Mai ab. Jeder möchte natürlich auf diese Karte noch soviel wie möglich kaufen. Ein nicht geringer Teil der Kohlenverbraucher — vor allem die, denen es an Zeit fehlt, um ganze Nächte und halbe Tage vor den Geschäften anzustehen — hat auf die am 15. Mai ablaufende Karte überhaupt noch nichts erhalten können. Groß ist die Zahl derjenigen, die erst einen kleinen Teil des ihnen zustehenden Quantums bekommen konnten. Aber es gibt auch Glücklichere — allzumal werden es nicht sein — denen es gelungen ist, das ganze auf ihrer Kohlenkarte verzeichnete Quantum einzubehalten. Während kleine Leute mit Karten der Gruppen I und II sich vergebens um den Einkauf ihres täglichen Bedarfs bemühen, hat mancher Inhaber einer auf größere Mengen lautenden Karte bereits einen ansehnlichen Vorrat für den nächsten Winter im Hause. Wir kennen Fälle, wo Familien von ihren Händlern zehn und mehr Fenner auf einmal ins Haus geliefert worden sind. Zu welchem Preise, das entgeht sich unserer Kenntnis.

Etwas besser könnte es mit der Kohlenversorgung stehen, wenn die Verordnung beachtet würde, welche im Januar bei der Ausgabe der jetzt laufenden Kohlenkarte erlassen wurde. Diese Verordnung

bestimmt, daß die Händler am ersten nach zweien Tage jeder Woche, in der sie Kohlen erhalten, nur an die Inhaber alter Karten verkaufen dürfen und daß dieselbe auch für die neue jetzt laufende Karte gilt, nämlich so: Die früher freigegebenen Abschnitte haben den Vorrat vor den später freigegebenen Abschnitten. — Die Abschnitte der gegenwärtig geltenden Karte sind in drei Abteilungen zu drei verschiedenen Zeiten freigegeben worden. Also müssen Inhaber von Karten mit früher freigegebenen Abschnitten den in der Verordnung angegebenen Vorrat vor denen haben, die auf zuletzt freigegebene Abschnitte Kohlen kaufen wollen. Aber an diese Vorschrift, die immer noch Geltung hat, lehrt sich niemand. Es scheint, als ob sie völlig in Vergessenheit geraten wäre. Kein Händler beachtet sie und keine Behörde steht auf ihre Durchführung. Im aber für den Augenblick wenigstens ein kleines Maß von Gerechtigkeit im Kohlenbezug wahren zu lassen, ist die Innehaltung der erwähnten Verordnung unbedingt nötig.

Kriegsanleihe-Pädagogik.

Nach an den Freizeiten zur Kriegsanleihe haben die Schulen sich wieder sehr erheblich beteiligt. Zum Lohn dafür ist den Kindern der Abliche unterrichtsfreie Tag bewilligt worden, und außerdem dürfen die einzelnen Klassen noch Ausflüge machen, wozu ein besonderer Tag hergegeben wird. Während nun der Unterrichtsausfall allen Schülern ohne Unterschied zugute kommt, wird an manchen Schulen es für richtig gehalten, einen Ausflug nur den Anleihezeichner zu bewilligen. Darüber, wie diese unterschiedliche Behandlung auf die Kinder wirkt, scheinen die Lehrer anderer Meinung als die Eltern zu sein. Aus den Kreisen der Eltern ist uns oft die Klage zugegangen, daß die Zurückziehung derjenigen, die nicht Anleihe gezeichnet haben, kränken und verbittern muß. Eine in Berlin in der Schönhauser Vorstadt wohnende Kriegsfrau schreibt uns, daß auch ihre neunjährige Tochter von dem Belohnungs-Ausflug, der vor einigen Tagen stattfand, ausgeschlossen wurde, weil die Mutter kein Geld für die Kriegsanleihe drübergeben hatte. Nur ein Viertel der in dieser Gemeindefraktion stehenden Kinder erhielten von ihren Eltern die Genehmigung, sich an der Anleihezeichnung zu beteiligen, und nur diese Kinder durften an dem von der Lehrerin veranstalteten Tagesausflug teilnehmen, während alle übrigen zur Schule kommen und sich dort von zwei Schullehrerinnen der Oberklasse in Vertretung der Lehrerin unterrichten lassen mußten. Die Mutter fragt in ihrem Schreiben an uns, ob es nicht für die meisten der Kinder einer Kriegsanleihe-Zeichnung gleichgültig ist, daß sie nun schon seit Jahren den Vater entbehren und der Vater drauhen jederzeit dem Tod ins Angesicht schauen muß. Sollte die Lehrerlichkeit in ihrer Mehrheit wirklich nicht wissen, wie sehr diese Art „Belohnung“ geeignet ist, das Ansehen der Schule zu untergraben? Wird sie sich nicht endlich aufpassen zum Einspruch gegen ein Verfahren, das jeder Pädagoge aufs entschiedenste verwerfen muß?

Sonderzuteilung von neuem Berufsschulwerk.

Die Reichsstelle für Schubversorgung veröffentlicht zwei umfangreiche Bekanntmachungen, deren erste sich auf die Zuteilung von Schulwerk für Behörden, öffentliche Anstalten und Wohlfahrtsvereinigungen bezieht, während die zweite von der Sonderzuteilung von neuem Schulwerk für Arbeiter, in der Landwirtschaft erwerbstätige Personen, Hilfsdienstleistungen im militärischen Wachdienst, Landbriefträger, Polizeibeamte usw. handelt. Danach wird das Schulwerk den Verteilungsstellen (Betriebsunternehmern, Kriegsamtstellen, Kommunalverbänden usw.) durch die Reichsstelle für Schubversorgung zugeteilt, welche die Höhe und Art der einzelnen Zuteilungen bestimmt. Das Schulwerk für die Vergewerks- und Grubenarbeiter, Eisenbahnarbeiter, Wald- und Forstarbeiter, in der Landwirtschaft erwerbstätigen Personen wird in bestimmten Zeitabschnitten auf Grund eines allgemeinen Verteilungsplanes zugeteilt; im übrigen erfolgt die Zuteilung von Fall zu Fall auf Grund besonderer Bedarfsmeldungen. Die Lieferung erfolgt entweder unmittelbar an den Verteilungsstellen oder durch Vermittlung des Kleinhandels. Schulwerk, das die Arbeiter im Wege dieser Sonderzuteilungen erhalten, wird bei der Prüfung der Bedarfsberechtigung behufs Ausstellung eines Schubbedarfscheins nicht in den Bestand an gebrauchsfähigen Schülern oder Stiefeln eingerechnet. Alle Zeugnisse, die die Reichsstelle bis zum 31. März d. J. auf neues Berufsschulwerk für die Rüstungsindustrie und ähnliche Betriebe ausgestellt hat, verlieren nimmehr ihre Gültigkeit.

Blindenfürsorge.

Am Ihre Blinden in gewerblichen Arbeiten anzubahnen und Gelegenheit zu dauerndem Verdienst zu geben, haben die städtischen Behörden in der Beschäftigungsanstalt Oranienstr. 26 eine Arbeitsstelle geschaffen, die gegenwärtig an 200 Blinden Arbeitsgelegenheit bietet. Die Anstalt ist modern eingerichtet; hauptsächlich wird die Stuhlflechterei, die Wärfenbinderei und Korbflechterei betrieben. In erster Linie sind die städtischen Betriebe gehalten, ihren Bedarf der Beschäftigungsanstalt zu entnehmen. Hauptabnehmer war bis zum Ausbruch des Krieges die städtische Straßenreinigung. Der Bedarf derselben ist wesentlich zurückgegangen, wodurch der Verdienst der Blinden eingeschränkt worden ist. Das Ausschulsmittel auf Vorrat arbeiten zu lassen, ist bereits bis an die äußerste Grenze ausgedehnt.

Die Frage, wie den Blinden ausreichende lohnende Beschäftigung gesichert werden kann, hat die Verwaltungsinanz eingehend beschäftigt. Einmütig war man der Ansicht, daß es nur einer Rahmung an die Öffentlichkeit bedürfe, der Anstalt Aufträge in ausreichendem Maße zuzuwenden. Um diesen Zweck zu erreichen, sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Anwalts-Oranienstr. 26 ein großes Lager in Straßen- und Stubenbesen, Handtüchern und Wärfen jeder Art vorrätig und auf Lager hat. Körbe und Emballagen werden nach Muster angefertigt. Stühle zum Flechten werden abgeholt und zurückgebracht. Ebenso sind Fänge- und Fuhnmatten in Auswahl vorhanden. Zu jeder gewünschten Auskunft ist die Geschäftsleitung stets bereit. (Adresse: Städtische Blinden-Beschäftigungsanstalt, Oranienstr. 26.)

Erhöhte — Knochenration für Groß-Berlin.

Wie wir hören, soll der Verkauf von scharfem Fleisch (Fleisch ohne Knochen) in Groß-Berlin demnächst gänzlich aufhören und der Prozenttag der Knochenbeilage des Fleisches von einem Fünftel auf ein Viertel erhöht werden.

Von heute ab dürfen Kaninchen, Ziegen- und Gessägelwurst in Groß-Berlin nur noch mit Genehmigung der Erlaubnisstelle Groß-Berlin, O. 2, Neue Friedrichstraße, feilgehalten werden.

Berliner Lebensmittel.

Bis auf weiteres werden auf die roten A-Karten 1 Liter, auf die grünen A II-Karten 1/2 Liter, auf die blauen B-Karten 1/2 Liter und auf die braunen C-Karten 1/2 Liter 3/4 Liter ausgegeben. Auf Krankenkarten und Sonderkarten ist die aufgedruckte Menge voll zu verabfolgen. — Auf Abschnitt 32 der Schlüsselkarte II dürfen im Mai zwei Päckchen S ü h s o f f -H-Pudung zu je 25 Pf. verausgabt und entnommen werden. Die Abschnitte 1-31 haben ihre Gültigkeit ab 1. Mai verloren und dürfen nicht mehr eingelöst werden.

Versorgung der Verpflegungsbetriebe.

Der Lebensmittelverband beschäftigt sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Versorgung der hotellichen und Restaurationsbetriebe. Es wurde beschlossen, den Verpflegungsbetrieben im Rahmen der Gruppen zur Verfügung stehenden Mittel Rohmittel, wie Graupen, Feigwaren und Rehlhäute zuzuwenden. Die Grundsätze für die Zuteilung im einzelnen werden noch festgelegt werden.

Der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist eine ausführlich begründete Vorlage über den Vergüt der Stadt Berlin aus dem

Vertrage mit der Großen Berliner Straßenbahn gegenüber dem Verbands-Groß-Berlin zugegangen. Der Magistrat beantragt die Zustimmung zu folgendem Beschl: Die Abgabe von 8 Proz. der Bruttoeinnahmen, die der Stadt Berlin nach dem Berliner Vertrag von 1911 zustehen, verbleiben ihr solange, als die Große Berliner Straßenbahn und ihre Tochtergesellschaften, mit oder ohne Fusion, ihre Unternehmungen betreiben, mindestens aber bei etwaigem Erwerb der Unternehmungen durch den Verband bis zum Jahre 1949. Die übrigen Gemeinden und Kreise des Verbandsgebietes verzichten ebenfalls auf etwaige Entschädigungsansprüche gegen den Verband aus der durch den neuen Vertrag mit der Großen Berliner Straßenbahn und ihren Tochtergesellschaften herbeigeführten Änderungen ihrer Vertragsrechte den genannten Gesellschaften gegenüber.

Gegen Kündigungslöse Mietverträge. Der Mieterbund Groß-Berlin hat in seiner letzten Ausschüttung folgende Entscheidung gefaßt: Der Mieterbund Groß-Berlin ersucht, daß Hausbesitzer neuerdings die Mieter nötigen, kurzfristige Kündigungslöse Mietverträge abzuschließen, um die Mieter an der Anrufung des Mietvereinsamtes zu verhindern. Der Bundesausschuss protestiert entschieden gegen diese Entschüttung. Der Vorstand wurde beauftragt, bei den maßgebenden Behörden gegen das gerügte Verfahren vorzugehen.

Eine neue städtische Kinderkassette wird Freitag, den 8. Mai, nachmittags 1/2 3 Uhr, im Gemeindefausthause Glogauer Str. 12-13 eröffnet werden und fortan an jedem Wochentage von 1/2 3-1/2 Uhr nachmittags schulpflichtigen Kindern vom 6. bis zum 14. Lebensjahre unentgeltlich zugänglich sein.

Freibad Wäggensee. Die Badezeit beginnt am Donnerstag, 8. Mai (Himmelfahrtstag). Das Bad ist Sonntags von 7 Uhr bis Wochentags von 8 Uhr morgens ab bis abends 7 Uhr geöffnet.

Krankenpflegekurse des Roten Kreuzes. Die Helferrinnenabteilung des Zentralkomitees vom Roten Kreuz veranstaltet wiederum einen unentgeltlichen Lehrgang der Krankenpflege mit praktischen Übungen in Lazaretten. Teilnehmerinnen mit entsprechender Schulbildung und im Mindestalter von 19 Jahren können sich im Geschäftszimmer, Hohstr. 9, unter Vorlegung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes melden.

Die Reichsbank bleibt am Sonnabend, den 18. Mai, nachmittags geschlossen.

Durch einen Rechtschwundler ist die Friedenauer Gemeinde geschädigt worden. Am Sonnabendabend erlitten bei dem Schuldner des Reform-Realgymnasiums in der Homuthstraße, wo die Gemeinde das ihr zur Verteilung überwiesene Mehl aufbewahrt, ein gut gekleideter Mann bei dem Bedell und erklärte ihm, daß er beauftragt sei, sechs Sack Mehl abzuholen. Da dem Schuldner davon nichts bekannt war, der Fremde auch keinen Berechtigungschein besaß, so lehnte er natürlich die Herausgabe des Mehls ab. Der Vorsicht halber aber ging er an den in seiner Wohnung befindlichen Fernsprecher heran und fragte auch bei der Stelle nach, die angeblich die Auftraggeberin für den abholenden Fremden sein sollte. Dort wußte man aber nichts von einem solchen Auftrag. Hierdurch stutzig geworden, begab sich der Schuldner nochmals in den Keller und fand hier die eben erst von ihm verlassene Tür geöffnet. Beim Nachzählen stellte es sich heraus, daß sechs Sack Mehl fehlten. Der Gauner hatte die Zeit benützt, als der Beamte sich in seine Wohnung begab, um zu telefonieren, um die Restier mit dem Radschlüssel zu öffnen. Es wurde nun festgestellt, daß kurz vorher ein Plattenwagen vor dem Portal des Reformgymnasiums gehalten hatte, daß mehrere Arbeiter mit dem Fremden das Mehl aus dem Keller geholt und ausgeladen hatten. Die Täter sind bisher noch nicht ermittelt worden.

Zwei Knaben verschwunden. Am Freitag nachmittag sind die beiden 7 und 9 Jahre alten Söhne des Ehepaars Kreuz aus der Rommsenstraße in Steglitz von der Schule nicht wieder in die Wohnung zurückgeführt. Die Kinder waren bekleidet mit einem dunkelblauen und einem hellgrauen Anzug, Kapsen und ohne Kopfbedeckung. Die Knaben trugen die Schultaschen bei sich.

Spandan. Es ist vielfach festgestellt worden, daß Personen auf Grund ärztlicher Atteste, deren Unterschrift polizeilich beglaubigt ist und auf Grund Äußerer von der Polizeiverwaltung angefertigter Bescheinigungen die vorgutsweise Ubergabe beim Einkauf von Lebensmitteln verlangen. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß nur die vom Magistrat oder vom Geheimen Medizinalrat Dr. Jänike ausgestellten Bescheinigungen gelten und auch nur für den auf den Bescheinigungen angegebenen Zeitraum und Namen.

Steglitz. In der Gemeindevertretersitzung machte Bürgermeister Eudrom Mitteilung von dem Empfang des Stadtwerdungsantrages beim Regierungsvorstand und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der eingereichte Antrag Erfolg haben werde. Die bisher in Höhe von 9 Millionen Mark aufgenommenen Kriegsanleihen sind bis auf eine Million aufgebraucht, weshalb die Aufnahme einer weiteren Anleihe im Betrage von 4 Millionen Mark beschlossen wurde. Es wurde bemängelt, daß der Verzinsung bisher noch kein Nachweis über die Verwendung der 8 Millionen zugegangen sei. Für die Grunewaldbahn wurde ein neuer Tarif beschlossen, der bei verkehrten Teilsreden den zehnprozentigen Tarif im wesentlichen beibehält und eine entsprechende Verteuerung der Monats-, Schüler- und Arbeiterkarten bringt. Dem neuen Vertrage mit der Großen Berliner wurde zugestimmt. Zum Ausgleich der bisher vom Staate und der Gemeinde an die Lehrpersonen der Gemeindefaule gezahlten Teuerungszulagen wurden für die Zeit vom 1. Juli 1917 bis 31. März 1918 20 000 M. bewilligt. — Außerdem der Tagesordnung brachte Genosse Schmidt die Mängel bei der Kohlenversorgung zur Sprache und erklärte außerdem den Gemeindevorstand, gegen die beabsichtigte Einziehung der Strafgebühren wegen des Mehrverbrauchs von Gas zu protestieren. Beigeordneter Fabarius erwiderte, daß ihm, als Mitglied des Kohlenverbandes, nichts von einem derartigen Beschluß bekannt sei. Gemeindevorordneter Jürgens wandte sich gegen die beabsichtigte Beschlagnahme der Türhaken und Fenstergriffe und empfahl den Charlottenburger Protestbeschlus zur Annahme, dem wurde zugestimmt.

Wilmersdorf. Die Kartoffel-Wochenmenge. In dieser Woche gelangen bereits die Kartoffeln für die Woche vom 6. bis 12. Mai mit zur Veranschlagung. Für die Wochen vom 29. April bis 12. Mai wird die Kartoffelverbrauchsmenge auf je 7 Pfund, alle zusammen 14 Pfund, für die Person festgesetzt, und zwar sind je 8 Pfund auf die 12 Abschnitte 18a bis 18f und 19a bis 19f der Hauptkartoffelkarte und je 1 Pfund aus der der Nebkartoffelkarte gegebenen Vorratsmenge (eiserne Ration) zu entnehmen. Die beiden Abschnitte 18g und 19g dürfen bis auf weiteres von der Nebkartoffelkarte nicht abgetrennt werden. Personen, die erst nach der Verteilung mit der eisernen Ration nach Berlin-Wilmersdorf zugezogen sind, oder die von dem Rechte der Rationierung keinen Gebrauch gemacht haben, dürfen auf die beiden Abschnitte 18d und 18e der Sonderkartoffelkarte zusammen 1 Pfund Kartoffeln entnehmen. Die beiden Abschnitte 18d und 18e der Sonderkartoffelkarte haben in den Wochen vom 29. April bis 12. Mai auch in Schank- und Speisewirtschaften Gültigkeit.

Reutlitz. Heringsverkauf. Von heute ab wird in den zugelassenen Reutlitzer Fisch- und Wandertwarengeschäften sowie in den beiden städtischen Fischhallen, Bergstr. 21 und Sommerstr. 18, gegen Vorlegung der Reutlitzer Warenbeglaubigung auf Abschnitt 111 ein Hering bezw. 1/2 Pfund Heringe abgegeben.

Lichtenberg. Käseverteilung. Vom 2. Mai ab gelangt in den städtischen Verkaufsstellen, Kronprinzen- und Markstraße, auf den Straßenden B der Rättenberger Lebensmittelkarte 125 Gramm bayerischer Käsche zum Preise von 62 Pf. zur Verteilung.

Das Band.

Zum ersten Mai.

Kleines, rotes Band! Wann war es doch, daß ich dich zuletzt trug? Richtig! ... An einem schönen, blauen Vorkommertag, als die Luft noch nicht von drüllenden Geschossen schrie, und die Erde noch nach Blumen, nicht nach Blut roch.

Carl Bröger.

Ypern im Wandel der Zeiten.

Ypern ist heute eine Ruinenstätte. Und bis zum Jahre 1914 war diese Stadt ein einziges unergleichliches Museum, ein lebendig erhaltener Abdruck alter Stadt- und Kunstherlichkeit. Das Wunder war dabei, daß Ypern sich sein schönes altes Gesicht durch alle Wandlungen seiner Schicksale hatte erhalten können.

Mai.

Der außergewöhnlich milde und sonnenreiche April hat sich ganz so gebildet, als wolle er in diesem Jahre seinem Bruder, dem „Bonnemond“, den Rang ablösen.

Pioniere.

Roman aus dem Norden von Ernst Dibring. Er war noch dabei, als die Tür aufgestoßen wurde und die andern vier Bauern hereintaukelten, brummend wie böse Hunde und lachend, weil er sie nicht benachrichtigt hatte, daß hier oben Feuer war.

lichen Kälte ihre Klempen nicht mehr sichtbar waren. Wie sie dastanden, sahen sie aus wie eine schwarze Skulptur auf weißem Schnee in der eisblauen Nacht. Der Oberingenieur und Hjort kamen frühmorgens auf dem Wege nach Torneschamm angefahren.

des Vorjahres, eine für seine Verhältnisse auffallende Beständigkeit gebracht und uns eine so zeitige Blüte und eine so vorgefertigte Vegetation besichert, wie selten. Dürfen wir doch nicht vergessen, daß selbst die erste Hälfte des Bonnemonds, obwohl sie schon der wärmeren Hälfte des Jahres angehört, normalerweise immerhin noch verhältnismäßig kühles Wetter bringt.

Notizen.

Die Künstlerkar der Volksbühne wird sich unter der Direktion Kahler aus folgenden Mitgliedern zusammensetzen: Herren. Harry Verber (Berlin), Hans Brahm (Hamburg), Wilhelm Dietzle (Zürich), Jürgen Fehling (Wien), Hans Feiler (Berlin), Hans Galden (Posen), Guido Herzfeld (Berlin), Max Hochstetter (Donaueschingen), William Huck (Berlin), Friedrich Kahler (Berlin), Rudolf Lettinger (Berlin), Eduard Rothauer (Berlin), Julius Sachs (Berlin), Paul Schmidt (Berlin), Erhard Siedel (Dresden), Ernst Stahl-Rachbauer (Wien), Hans Heinrich von Tharandow, Gustav von Wangenheim (Darmstadt), Richard Zinburg (Oldenburg).

Porträte. Freitag 8 Uhr spricht in der Psychologischen Gesellschaft (im Abgeordnetenhaus) Dr. Albert Röll über: „Rassenpsychosen im Weltkrieg“. Villetta durch die Psychologische Gesellschaft, Berlin W 15, Kurfürstendamm 45.

Deutsches Kunstgewerbe in Skandinavien. Der Deutsche Werkbund will diesen Sommer die vorigen Jahr in der Schweiz gezeigte kunstgewerbliche Ausstellung in Kopenhagen und Stockholm durchführen. Friedensarbeit im Kriege.

Die chinesische Industrie. Auch in China soll die bisher sehr rückständige Industrie mit allen Mitteln gefördert werden. Diesen Zweck will man unter anderem auch auf dem Wege der Erhöhung der Einfuhrzölle erreichen. Das chinesische Ackerbauministerium hat, wie der „Neue Orient“ berichtet, Ende 1918 eine Zählung aller modernen eingerichteter Betriebe veranstaltet.

Forti. folgt

Die Schlacht um Ypern.

Berlin, 30. April. Mit der Eroberung des Kemmelmassivs hat sich die deutsche Wente in der Westschlacht bis zum 1. Mai auf

über 127 000 Gefangene und mehr als 1600 Geschütze

gesteigert. Besonders erwähnenswert ist, daß die am Kemmel eingebrachten Gefangenen zum ganz überwiegenden Teil den Glieddivisionen der französischen Armee angehören. Auch die nach diesen Tausenden zählende Maschinengewehr-ente ist wieder um einige hundert vermehrt.

Englischer Heeresbericht vom 29. April abends. Nach einer Beschlepfung von großer Heftigkeit wurden die französischen und britischen Stellungen in der Gegend von Meteren bis zum See von Billebete heute früh von starken feindlichen Kräften heftig angegriffen. Weitere Angriffe richteten sich gegen die belgischen Stellungen nördlich von Ypern. Eine Schlacht von großer Heftigkeit entwickelte sich rasch an der gesamten alliierten Front. Die 25., 49. und 21. britische Division schlugen alle feindlichen Versuche, in ihre Stellungen einzudringen, vollkommen ab und hielten ihre Linie trotz der ununterbrochenen Aufeinanderfolge entschlossener Angriffe von großer Stärke ohne Einbuße. Die feindlichen Verluste waren sehr schwer. Ebenso wurden die französischen Stellungen auf den Höhen bei Scherpenberg und Montrouge heftig angegriffen und der Feind abgewiesen. An einigen Punkten, wo es der feindlichen Infanterie gelang, auf kurze Entfernung in die französischen Stellungen einzudringen, wurde sie sofort durch Gegenangriffe von einem größeren Stück Boden vertrieben als den, von dem sie zeitweilig Besitz ergriffen hatte. Auch an der belgischen Front wurden alle Angriffe nach hartem Kampf, bei dem dem Feind ernste Verluste zugefügt wurden, abgewiesen. Die Schlacht dauert an verschiedenen Punkten längs der alliierten Schlachtfrenten noch an. Von der übrigen Front ist nichts zu melden außer der gewöhnlichen beiderseitigen Artillerietätigkeit.

Englischer Heeresbericht vom 30. April morgens. Ein von französischen Truppen gestern nachmittag und abend ausgeführter erfolgreicher Gegenangriff vertrieb den Feind von dem Rest des von ihm während des Morgens in der Nähe von Loker gewonnenen Bodens und brachte eine Anzahl Gefangener ein. Das ganze Dorf befindet sich in den Händen unserer Verbündeten. Nach einem schweren Rückschlag, den der Feind gestern erlitt, verließ die Nacht an der nördlichen Schlachtfrenten verhältnismäßig ruhig. Wir rücken unsere Linie während der Nacht östlich von Villers-Dressonuz leicht vor. Von der übrigen britischen Front ist außer beiderseitiger Artillerietätigkeit in gewissen Abschnitten nichts zu berichten.

Französischer Heeresbericht vom 29. April abends. Tätigkeit beider Artilerien nördlich und südlich der Aare und in der Gegend von Piemont. Desllich von Baresnes versuchte eine feindliche Abteilung die Duse zu überschreiten, sie wurde unter Feuer genommen und gerichtet. In den Vogesen haben wir einen Handstreich auf unsere kleinen Posten zurückgeschlagen.

Französischer Heeresbericht vom 30. April nachmittag 3. Heftiger Artilleriekampf nördlich und südlich der Aare im Abschnitt von Royon und auf dem südlichen Duseufer. Französische Barouillen zeigten sich auf der ganzen Front tätig und brachten etwa 15 Gefangene ein. Auf dem rechten Ufer der Maas und im Ober-Elzass wurden deutsche Abteilungen durch das französische Feuer abgewiesen und ließen Gefangene in französischer Hand, ohne irgend einen Erfolg zu erzielen. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Eroberung von Wiborg.

Finnischer Heeresbericht vom 30. April. Das finnische Hauptquartier meldet: Wiborg ist erobert.

Zu dieser jetzt zu erwartenden Meldung wird aus Kopenhagen berichtet: Nach einer Meldung des finnischen Hauptquartiers ist nun ganz Wiborg erobert. Der Feind hält sich noch im westlichen Teile von Servala Trenhara. 6000 Revolutionäre versuchten, sich einen Weg nach Frederiks ham zu bahnen, der Versuch wurde jedoch mit schweren Verlusten abgelehnt. Durch diesen Sieg hat das finnische Heer die letzte starke Wehr des Feindes gebrochen.

Gompers' Kriegsmarschroute.

London, 29. April. (Reuter.) Auf einer Konferenz der amerikanischen Arbeiterdelegation, die augenblicklich in England ist, mit Vertretern des Vollzugsausschusses des Gewerkschaftskongresses, des Parlamentskomitees und der nationalen Arbeiterpartei, die heute in London abgehalten wurde, wiesen die amerikanischen Delegierten den in dem Memorandum ausgesprochenen Plan einer internationalen Sozialistenkonferenz, an der die Vertreter der feindlichen Länder teilnehmen sollen, mit Bestimmtheit zurück. Ihr gegenwärtiges Ziel sei zurzeit nur die Niederlage Deutschlands. Eine internationale Arbeiterkonferenz komme nicht in Frage, bevor Deutschland seine Armeen aus den von ihm überrannten Ländern zurückgezogen hätte.

Die Bemühungen der Ententesozialisten, auf den schroff abweisenden Standpunkt der amerikanischen „Federation of Labour“ mildernd und ändernd einzuwirken, sind also bisher umsonst gewesen. Es kümmert die Leute um Gompers nicht, daß sie sogar den Parteigängern Wilsons mit ihrem gänzlich eindeutigen Kriegsanatomismus fürchterlich zu werden anfangen, weil sie nämlich, wie neulich aus den Wilsonkreisen geklagt wurde, der Absicht der amerikanischen Kriegsdiplomaten, auf die deutsche Arbeiterschaft Einfluß zu gewinnen, den Weg erschweren.

Was die englischen Arbeiterführer den amerikanischen Arbeiterdelegierten zu sagen gewußt haben, ist zurzeit noch nicht bekannt. Sie werden es sicherlich nicht an weiteren Versuchen fehlen lassen, die Gompersmannen für ihre Taktik zu gewinnen. Wenn es ihnen früher oder später gelingen sollte, sie umzustimmen, so werden wir immer noch Anlaß haben, uns bei dem weiteren Verhalten der Geeinten vorläufiger Weise daran zu erinnern, weshalb die Anhänger der Politik des amerikanischen Präsidenten diese Entigung für wünschenswert hielten.

Die vergewaltigten Cette-Dampfer.

Daß die Kupferrückführung des Freigeleitsabkommens, das zwischen Deutschland und der Schweiz zugunsten der nach Cette bestimmten Getreidedampfer abgeschlossen wurde, noch durch erhebliche Schwierigkeiten behindert wird, lehrt eine Meldung der „N. N. Ztg.“ aus Madrid: Danach macht „Debate“ darauf aufmerksam, daß die spanischen Dampfer, die für die Schweiz, Ladungen nach Cette bringen, von den Franzosen solange festgehalten werden, bis sie sich zu Fahrten für französische Rechnung verpflichten. Befähigt werden

Heftige Infanteriekämpfe in Flandern — Der Feind in Loker — Starke Artilleriekämpfe im Kemmelgebiet.

Berlin, 30. April 1918, abends. Amtlich. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 30. April 1918. (W. I. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem Schlachtfelde in Flandern entwickelten sich in einzelnen Abschnitten heftige Infanteriekämpfe. Nördlich von Boormezeele und Grote Bierkraut nahmen wir mehrere englische Gräben. Bei Loker in die feindlichen Linien eindringende Sturmabteilungen riefen mit starken französischen Gegenangriffen zusammen. Im Verlauf dieser Kämpfe konnte sich der Feind in Loker festsetzen. Seine Versuche, über den Ort hinaus vorzudringen, scheiterten. Die tagsüber starke Artillerietätigkeit behielt sich auf das ganze Gebiet des Kemmel und hielt bis zur Dunkelheit an.

An der übrigen Front blieb die Geschütztätigkeit auf Erkundungen und zeitweilig ausbleibendes Artilleriefeuer beschränkt.

Mazedonische Front.

Zwischen Bardar und Dojran-See brach ein nach mehrstündiger Artillerievorbereitung erfolgter feindlicher Vorstoß vor unseren Linien zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubaudorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 30. April 1918. Amtlich wird verlautbart: Die Geschütztätigkeit an der Südwacht nahm wieder beträchtlich zu. An der Piave wurden mehrere Vorstöße des Feindes abgewiesen.

Der Chef des Generalstabes.

spanische Dampfer in Durban (Südafrika) und in nordamerikanischen Häfen vergeblich.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt zu der Bewilligung des Freigeleits für die schweizerischen Getreidedampfer: Wir haben Anlaß, über das Zustandekommen dieser Vereinbarung Genugtuung zu empfinden, und wir dürfen das Entgegenkommen der deutschen Regierung, das darin für uns liegt, dankbar anerkennen. Es ist eine wirksame Hilfe in unseren schweren Bemühungen um die Ernährung des Landes, die in diesem Entgegenkommen Deutschlands liegt.

Die Nahrungszuschüsse aus der Ukraine.

Wien, 30. April. Aus dem Kriegspressquartier wird gemeldet: An der Durchführung des zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits geschlossenen Wirtschaftsabkommens haben dank ihrer eifrigen und geschickten wirtschaftlichen Tätigkeit unsere in der Ukraine stehenden Truppen hervorragenden Anteil. Der Operationsraum, der ihnen zufiel, umfaßt die früheren Gouvernements Podolien, Cherson und Jekaterinoslaw, ein Gebiet von 176 607 Quadratkilometern. Diesen mächtigen Raum haben unsere Divisionen in nicht ganz sechs Wochen unter großen Bewegungsschwierigkeiten und teilweise auch unter Kämpfen mit bolschewikischen Banden durchschritten. Alle großen Städte: Odessa, Nikolajew, Cherson und Jekaterinoslaw sind besetzt. Nur der Bezirk Bachmut harret noch der Säuberung.

Wald nach dem Einmarsch in die Ukraine war zu erkennen, daß das Land beträchtliche Vorräte an Getreide an die Monarchie abzugeben vermag. Gleichzeitig zeigte sich jedoch auch, daß das

Erlassen dieser Vorräte große Schwierigkeiten

bereiten wird. An Bahnen und Heerstraßen wurde nicht viel mehr gefunden, als die Truppen zu ihrer Ernährung bedurften. Der Reichtum des Bodens hatte sich völlig zu den Bauern auf dem offenen Lande verhalten. Hier sind die Speicher voll, doch dauerte es mehrere Wochen, bis unsere Truppen von den Hauptverbindungen wegrücken konnten. Anfanglich zeigte sich der Bauer sehr mißtrauisch und jedem Papiergeld abgeneigt. Auch der heimische Handel war anfangs zurückhaltend, doch wurde der erste Widerstand bald überwunden, und wenn sich in den letzten Wochen die Dinge täglich besserten, so ist dies besonders das Verdienst unserer den schwierigen Verhältnissen vollausgewachsenen militärischen Dienststellen und Truppen.

Mit dem Erlassen der Vorräte ist jedoch erst die halbe Arbeit getan. Sie müssen noch viele Hunderte Kilometer befördert werden. Dazu war zunächst die Wiederherstellung der Straßen und Bahnen notwendig. Die organisatorische Arbeit, Festigung und Führung des ganzen Betriebes, der heute schon zweitausend Kilometer umfaßt, fiel ausschließlich unseren Offizieren und Truppen zu. Der Schiffsverkehr von Cherson und Odessa über das Schwarze Meer und die Donau ist eingeleitet. Durch den Wassertransport wird die Einfuhr beträchtlich gesteigert werden können. Man kann überzeugt sein, daß die Armee durch ihre Tätigkeit in der Ukraine einerseits der Nahrungszulage in der Monarchie manchen Aufschub sichern wird und andererseits den künftigen wirtschaftlichen Beziehungen Österreich-Ungarns zu der Ukraine möglichst den Boden ebnet.

Wien, 27. April. Nach einer Meldung der Wiener Zeitung „Neue Wacht“ hat der ukrainische Verkehrsminister für die Beförderung der für die Centralmächte bestimmten 80 Millionen Pud Getreide die Erhebung der tarifmäßigen Abgaben angeordnet.

Der Mörder Franz Ferdinands gestorben.

Wien, 30. April. Die Blätter melden aus Prag, daß gestern in der Festung Theresienstadt Gavrilo Princip, der Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin, an Knochenmarkentuberkulose gestorben ist.

Princip, der Haupttäter des Attentats von Sarajewo ist damit anderen seiner Schuldgenossen in den Tod gefolgt. Auch sie konnten wegen ihres jugendlichen Alters nicht zum Tode verurteilt werden, erlagen aber der Gefängniskrankheit, der Tuberkulose. In österreichischen Sterkern wird man nicht alt.

Princip war neunzehn Jahre alt, als er seine Tat beging. Mit seinem Revolvergeschüssen hat er die Latone ins Rollen gebracht, die alte Kulturen unter Schutt und Trümmern begrub, Millionen menschlichen Lebens zerstückelte und Leid und Entsetzen über die Welt brachte, wie sie es noch nicht gesehen hatte. Ein Anabe hat dies vollbracht, der ein serbischer Nationalist

war wie andere deutsche, französische und englische Nationalisten sind, und er wollte mit seiner verwerflichen Tat seinem Vaterlande Glück bringen.

Niemand kann behaupten, daß ohne den Mord von Sarajewo der Weltkrieg niemals gekommen wäre. Vielleicht wäre er später aus anderen Anlässen entbrannt. Heute aber würden wir uns wahrscheinlich noch des Friedens freuen, und Millionen, die verscharrt und verkauft sind, würden noch leben, wenn Princip und seine Kameraden wie andere ihren ruhigen Lebensgang gegangen wären.

Kein Philosophieren hilft uns über die niederdrückende Tatsache hinweg, daß das Schicksal unserer Generation von ein paar Anaben bestimmt worden ist, die nicht wußten, was sie taten, daß die größte Katastrophe der Menschheit ihren Anfang genommen hat von einem Gymnasiastenabenteurer!

Ueberrascht zu sagen, daß dies nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht alle sonstigen Voraussetzungen für die Entstehung des Krieges schon vorbereitet im Schoße der europäischen Völkergesellschaft gelegen hätten. Nicht jede Welt kann von Kindern in Brand gesteckt werden — die Welt muß danach sein, und sie war danach! Man mühte an ihr verweisen, legte man nicht die Zurechnung, daß sie aus diesem Stützensturz als eine andere herborgehen wird.

Tiszas Wahlreform-Widerstand.

Verzögerung der Kabinettsbildung in Ungarn.

Budapest, 30. April. Nach einer Blättermeldung beschäftigt Dr. Welerle mit Vorschlägen zur Kabinettsbildung erst dann vor dem König zu erscheinen, wenn er in der Wahlreformvorlage mit dem Grafen Tisza ein Kompromiß abgeschlossen haben wird. Beratungen hierüber werden jetzt gepflogen.

Aus Budapest meldet L. U.: Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Wahlrechtsfrage in der Weise gelöst werden wird, daß am Beschlusstag Wagonis durchgreifende Änderungen in betreff der Bestimmung der Wahlrechtsqualifikationen vorgenommen werden. Es kann nunmehr bereits ziffernmäßig nachgewiesen werden, daß weit über die Hälfte der Mitglieder des Abgeordnetenhauses für den Kompromiß Stellung genommen haben. Nach der gestrigen Beschlußfassung des Magnatenhauses, das mit 115 gegen 5 Stimmen in tatkräftigster Weise für eine Verständigung Stellung genommen hat, kann kein Zweifel mehr über die jetzige Lage bestehen.

Die Agrarreform in Polen.

Warschau, 29. April. Die „Gazette Poranna“ mitteilt, wurde der Termin für die Einberufung des Staatsrates auf den 20. Mai festgesetzt. Das Kabinett Sieglowski beabsichtigt noch vor den Sommerferien im Staatsrat den Entwurf einer Agrarreform hauptsächlich über die Fragen der Grunddienstbarkeiten und der Zusammenlegung einzubringen.

Der Ministerwechsel in Japan und die Interventionsfrage.

London, 30. April. (Reuter.) „Times“ erfährt aus Tokio, daß Misuno an Stelle von Goto zum Minister des Innern ernannt worden ist. Goto wurde Motonos Nachfolger im Ministerium des Inneren. Goto erklärte, daß er an der Politik seines Vorgängers festhalten werde. Man sucht diese Erklärung so auf, daß Japan zur Intervention bereit ist, aber daß es ein Mandat von den Alliierten und im übrigen freie Hand fordert.

Für das Frauenwahlrecht.

Eine eindrucksvolle Kundgebung für das Frauenwahlrecht war die stark besuchte Versammlung, welche sozialdemokratische und bürgerliche Frauen gemeinsam am Montag im großen Saal des Lehrervereinshauses veranstaltet hatten.

Die erste Referentin, Genoffin Juchacz, verwies darauf, daß die Frauen während des Krieges Ungeheures geleistet haben zur Aufrechterhaltung des Wirtschafts- und Staatslebens. Es genügt ihnen aber nicht, daß man für ihre gewaltigen Leistungen nur anerkennende Worte hat, sondern sie wollen auch, daß man ihre Gleichberechtigung als Staatsbürgerinnen anerkennt. Aber nach wie vor sind es nur die sozialdemokratischen Parteien, welche der Forderung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frauen mit voller Entschiedenheit Ausdruck geben. Nicht um ein Sonderrecht der Frauen handelt es sich bei dieser Forderung. Das ganze Volk braucht die Mitwirkung der Frauen am öffentlichen Leben, denn viele Fragen, die sich beim Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens ergeben, können ohne die Mitarbeit der Frauen gar nicht gelöst werden. Darum werden wir dafür sorgen, daß in den weitesten Kreisen der Frauen das Bewußtsein, daß sie ihre staatsbürgerliche Gleichberechtigung bekommen müssen, geweckt und gestärkt werde. (Lebhafte Beifall.)

Die zweite Referentin, Frau Stritt (Dresden), sagte unter anderem: Wir bürgerlichen Frauen konstatieren mit Besorgnis, daß die bürgerlichen Parteien — abgesehen von vereinzelten Ausnahmen in der fortschrittlichen Volkspartei — vom Frauenwahlrecht nichts wissen wollen und erkennen mit ausreichendem Dank an, daß die Sozialdemokratie die Forderung der Gleichberechtigung der Frauen mit Entschiedenheit vertritt. Die Frauen haben das Wahlrecht in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Australien, in Island, in den skandinavischen Ländern und neuerdings haben es die Erfahrungen des Krieges in England dahin gebracht, daß die Frauen bei den nächsten Parlamentswahlen als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen mitstimmen werden. In Rußland werden die Männer, die das Volk vom Joch des Zarenthums befreit haben, auch den Frauen die Gleichberechtigung gewähren und einer Reihe anderer europäischer Staaten steht die Gewährung des Frauenwahlrechts in Aussicht. So wird Deutschland binnen Kurzem in der Rechtlosigkeit der Frauen mit Spanien und der Türkei allein stehen. Aber über kurz oder lang muß auch in Deutschland die Stunde der politischen Freiheit der Frauen schlagen. Daß es nicht mehr so lange währt, dafür werden wir mit aller Kraft wirken. Wenigstens muß und zurzeit das Gemeinwohl der Frauen als Abschlagszahlung gewährt werden. (Lebhafte Beifall.)

Die dritte Referentin, Fräulein Eise Lüders (Berlin), trat ein für eine den Schutz der Frauen, Mütter und Arbeiterinnen fördernde soziale Gesetzgebung sowie für die Eingliederung der Frauen als gleichberechtigte Staatsbürgerinnen.

Als einziger Diskussionsredner sprach Landtagsabgeordneter Genosse Hirsch. Er schilderte die Wahlrechtskämpfe in Preußen und trat für das Frauenwahlrecht als eine selbstverständliche sozialdemokratische Forderung ein.

